

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

USA: GM-Streik erfolgreich



***Trotz Aussperrung von 180.000 Arbeitern
konnte der Konzern UAW nicht schlagen***



Aktuell aus Politik und Wirtschaft

Aktuell in Bonn 2

Die Brandstifter von Lübeck sind weiter frei	3
Kosovo & Kurden	3
Kohl muß weg, damit Schröder so weitermachen kann?	4
Nazi-Gold: Dokumente weg	5
IG Farben hofft weiter auf Beute	6
Ziel: Über 10.000 Unterschriften gegen das PKK-Verbot	6

Auslandsberichterstattung

OSZE: Kein Wort zu Menschenrechten in der Türkei	7
USA: GM-Streik erfolgreich	8
Interview: „Egin zielt und ETA drückt ab“	9
Meldungen	11

Regionales West und Ost

Lokaler Widerstand	12
Antimilitaristische Positionen anlässlich der Bundestagswahl ..	13
Keine Erstwählerdaten an Rechtsextreme	14
„Mannem vorn“	14
80.000 DM an ehemalige KZ-Häftlinge	14
Frontalangriff auf die studentische Vertretung	15
O-Ton	16
Königs Wusterhausen – Welcome to Terrortown?	16
Kommunale Politik	17

Aus Betrieben und Gewerkschaften

Was war?	18
Tarifkampf Kinobranche	
Nach Warnstreiks Abschluß	19

Diskussion und Dokumentation

Pierre Bourdieu und die Linke in Frankreich	20
Das Auswärtige Amt übernahm keine DDR-Diplomaten	22
Termine	24

IN BONN DEUTSCH-TSCHETISCHER STREIT: Die neue tschechische Regierung fordert, daß im deutsch-tschechischen Gesprächsforum keine „sudetendeutschen“ Gegner der Versöhnungserklärung vertreten sind. Ministerpräsident Zeman erklärte, Vertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft sollten nicht im (paritätisch besetzten) Verwaltungsrat des Forums teilnehmen. Zwar sei das Sache der deutschen Regierung, aber die tschechische Regierung entsende schließlich auch keine Vertreter der tschechischen „Republikaner“. Stoiber und CSU-Chef Waigel hatten getobt, Zeman „belaste“ damit das deutsch-tschechische Verhältnis, Waigel forderte eine Entschuldigung aus Prag. Auch Außenminister Kinkel wies die Forderung der tschechischen Regierung bei einem Besuch in Prag am 30. Juli zurück. Der tschechische Außenminister Kavan beharrte dennoch auf der Forderung seiner Regierung: Die Äußerungen einiger Vertreter der Sudetendeutschen seien „vergleichbar“ mit den deutschfeindlichen Äußerungen der rechtsextremen tschechischen Republikaner, zitiert ihn der Berliner „Tagesspiegel“.

Gegen Länderfinanzausgleich:

Am 30. Juli haben die Bayern und Baden-Württemberg gegen den Länderfinanzausgleich Klage vor dem Bundesverfassungsgericht eingereicht. Sie halten den zwischen den Bundesländern erst vor wenigen Jahren neu ausgehandelten Finanzausgleich für „verfassungswidrig“. Mit dramatischen Tabellen, die Bayern und Baden-Württemberg durch schlichte Betrügerei zu den Ländern mit dem geringsten Steuermitteln pro Kopf der Bevölkerung machen, wollen sie ihre Klage untermauern. Der Trick: Sie addieren die Bundesmittel für die Länder – „Aufbauhilfe Ost“, Verkehrsprojekte, Kohle- und Werfthilfen u.ä. Zuschüsse einfach zu den Steueraufkommen der Länder hinzu, lassen zugleich andere Bundesmittel – vor allem die zumeist in die Südländer fließenden Rüstungsaufträge – sorgsam aus der Rechnung weg. Und da Bayern und Baden-Württemberg keine Steinkohle fördern und keine Werften haben, werden sie so auf einmal zu den ärmsten Ländern. Im Dezember will auch das rot-grün regierte Hessen Verfassungsklage einreichen. Der Finanzausgleich zwischen den Ländern kommt so zulasten der Länder mit geringerem Steuereinkommen – identisch mit den Ländern mit überdurchschnittlich hoher Arbeitslosigkeit – unter enormen Druck.

AKTIENSTEUER: Die Forderung des grünen Sprechers Trittin, aus Gründen der steuerlichen Gleichbehandlung künftig Gewinne aus Aktiengeschäften ebenso zu besteuern wie Einkommen aus abhängiger Arbeit, hat bei Börsenfreunden Empörung ausgelöst. Die „Deutsche Schutzvereinigung für Wertpapierbe-

sitz“ nannte Trittins Forderung ein „völlig falsches Signal an die Adresse der Anleger“. So könne man die Menschen nicht für die Aktie begeistern. Waigels Staatssekretär im Finanzministerium, Hansgeorg Hauser, lehnte vor dem Wirtschaftsbeirat der Union Trittins Forderung ebenfalls strikt ab. Bei einem Wahlsieg werde die Union vielmehr die Spekulationsfrist für private Aktiengewinne von sechs auf zwölf Monate verlängern – also Spekulanten noch weiter begünstigen.

IG-BAU-FORDERUNGEN: Mit einem Katalog von „12 Anforderungen“ hat sich der Vorstand der Gewerkschaft BAU in den Bundestagswahlkampf eingeschaltet. „Die Unternehmen könnten vor Geld kaum laufen“, konstatierte IG-BAU-Chef Wiesehügel bei der Vorstellung der Forderungen. Deshalb könne die künftige Regierung „da etwas wegnehmen“. Die Verschlechterung der Lohnfortzahlung wie des Kündigungsschutzes müsse ebenso zurückgenommen werden wie die Abschaffung des Schlechtwettergeldes. Ungeschützte Jobs (520 bzw. 620 DM) müßten beseitigt werden, jedes Arbeitsverhältnis, auch Teilzeit- und Saisonarbeit, sozialversichert sein. IG-BAU-Chef Wiesehügel kandidiert für die SPD zum Bundestag.

STREIT UM PENSIONSFONDS: Um die Neuordnung der betrieblichen Alterssicherung gibt es weiter Streit zwischen interessierten Unternehmen. Eine von der Bundesregierung beauftragte „Gerken-Kommission“ hatte vor kurzem nach Beratungen mit Versicherungen, Banken und anderen Konzernen ein Gutachten fertiggestellt, das u.a. die Einführung von Pensionsfonds nach angelsächsischem Muster vorsieht. Als neue Form der betrieblichen Alterssicherung sollen danach Versicherungen zugelassen werden, die ähnlich wie in den USA und Großbritannien ihre Reserven in Aktien anlegen, mit entsprechenden Folgen für Ansprüche an diese „Versicherung“, wenn die Aktienkurse fallen. Um trotzdem Beschäftigte zum Abschluß solcher „Versicherungen“ zu verleiten, sollen Beiträge der Firmen in solche Fonds steuerfrei sein. Die Deutsche Bank kritisiert nun, diese Steuerbefreiung sei zu wenig, „die gesamte betriebliche Altersvorsorge“ müsse steuerfrei sein. Erst bei Auszahlung an die früher Beschäftigten dürfe die Steuer zugreifen. Das Finanzministerium hat ausgerechnet, eine so umfangreiche Subvention der betrieblichen Altersvorsorge koste „zweistellige Milliardenbeträge“ an Steuerausfällen.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Bundestag und Bundesrat sind in „Sommerpause“. Ca. 20. August beginnt die „heiße Phase“ des Bundestagswahlkampfes. Vom 1. bis 4. September berät der Bundestag über Waigels Haushalt für 1999, nächste Bundesratssitzung ist am 25. September, zwei Tage vor der Bundestagswahl.

Das Allerletzte: Kosovo & Kurden ...

Auf eine Anfrage des fraktionslosen Berliner Abgeordneten Kurt Neumann:

„Ist die Bundesregierung bereit, das Autonomiestreben der kurdischen Bevölkerung im NATO-Staat Türkei in einer Weise zu unterstützen, die dem jetzigen vergleichbar starken Kosovo-Engagement entspricht?“

antwortete am 30. Juni die Bundesregierung durch ihren Staatssekretär im Auswärtigen Amt Dr. Peter Hartmann:

„Die Situation der Kosovo-Albaner und die der Kurden in der Türkei sind nicht gleichzusetzen. Die kurdische Bevölkerung in der Türkei ist im Gegensatz zu den Albanern im Kosovo keine territorial konzentrierte Minderheit; die Mehrheit der türkischen Kurden lebt nicht mehr im Südosten der Türkei und ist zum großen Teil völlig integriert. Man kann daher nicht ohne weiteres ein Autonomiebestreben der kurdischen Bevölkerung in der Türkei unterstellen ... Wie in der Kosovo-Frage in Jugoslawien lehnt die Bundesregierung auch in der Kurden-Frage Separatismusforderungen ab und unterstützt die völkerrechtliche Souveränität und territoriale Integrität der betroffenen Staaten. Ebenfalls lehnt sie in beiden Fällen Terrorismus und Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ab.“

„Die Mehrheit der türkischen Kurden lebt nicht mehr im Südosten der Türkei“ ist eine bemerkenswert zynische Umschreibung der Vertreibungs-politik des türkischen Regimes – auch mit deutschen Waffenlieferungen – gegen die kurdische Bevölkerung. So ist die Antwort der Bundesregierung ein weiterer Beweis, daß der kurdische Befreiungskampf und der Kosovo-Konflikt in den Augen westlicher Machtpolitik zwei ganz verschiedene Dinge sind.

Im Fall der Kurden kämpft ein Volk um Befreiung von Feudalismus, Kolonialismus und Imperialismus und ist auch nicht bereit, sich zur Hilfstruppe für westliche Machtpolitik in der Region zu erniedrigen und einspannen zu lassen.

Im Kosovo-Konflikt dagegen arbeiten starke auswärtige Kräfte an der Zerstückelung des Balkans, um die ganze Region ihren imperialistischen Interessen zu unterwerfen und sie auszubeuten, schüren alle in der Region vorhandenen Gegensätze systematisch mit dem Ziel, insbesondere den serbischen „Erbfeind“ zu schlagen. Leider finden sie dabei auf albanischer Seite – nicht zum ersten Mal in diesem Jahrhundert – willige Helfer. (rül)
aus: *Bundestagsdrucksache 13/11242*
Siehe aus Seite 7!

Der BGH hebt den Freispruch für Safwan Eid auf

Die Brandstifter von Lübeck sind weiter frei

Von Kambiz Behbahani

Der Prozeß um den Brand im Lübecker Asylbewerberheim wird neu aufgerollt. Der Bundesgerichtshof hob den Freispruch für den Libanesisen Safwan Eid entgegen den Anträgen von Verteidigung und Bundesanwaltschaft wieder auf. Geklagt hatten Angehörige eines Opfers. Dabei ging es um die Entscheidung des Lübecker Landgerichts, Tonbandaufnahmen nicht zu verwenden, auf denen Eid sich in der Haft selbst belastet haben soll. Der BGH lehnte es vor allem ab, die Besucherzelle der Untersuchungshaftanstalt als Wohnung und damit abhörgeschützten Raum zu betrachten, wie es das Lübecker Landgericht getan hatte.

Schon früh hatten sich in dem Lübecker Verfahren viele Medien auf Safwan Eid als den angeblich einzigen möglichen Täter. Deutschland schien kollektiv entlastet. Helmut Markwort, *Focus*-Chefredakteur, schrieb bereits am 29.1.1996 in *Focus*: „Ich fühle mich erleichtert, daß kein Deutscher die schreckliche Tat von Lübeck begangen hat.“ Auf einmal galt im Rechtsstaat die Unschuldsvermutung nicht für einen Asylsuchenden.

Sehr früh schien, aufgrund der Aussage eines einzigen Augenzeugen, in Lübeck ein Täter gefunden, der ins politische Wunschbild paßte. Damit war die ungeliebte Debatte um das Asylrecht und die Behandlung von Flüchtlingen, die sich infolge des Brandanschlags neu entsponnen hatte, vom Tisch. Ebenso schnell vom Tisch waren auch die Ermittlungen

gegen die anderen Verdächtigen aus der rechtsextremen Szene.

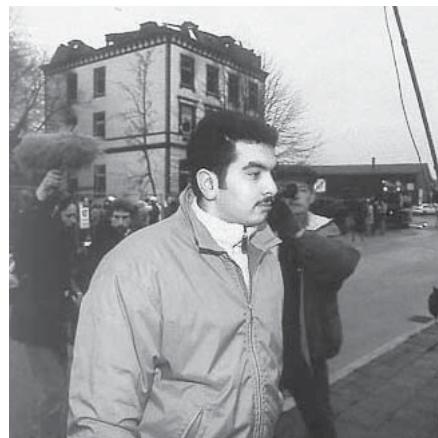
Der Prozeß gegen Safwan Eid lief dann fast ein Jahr weiter, bis die Staatsanwaltschaft auf Freispruch mangels Beweisen plädierte.

Offenbar war bei den einseitigen Ermittlungen nicht die Tataufklärung oberstes Ziel, sondern die Präsentation eines opportunen Angeklagten.

Solche Versuchung ist in Deutschland wahrlich kein Einzelfall.

Auch in anderen Städten wie Herford, Detmold, Bochum, Hattingen und Stuttgart sind Ermittlungen gegen deutsche Brandstifter vorschnell eingestellt worden oder die Betroffenen selbst wurden angeklagt.

Am 5. Juni 1993 beispielsweise, eine Woche nach dem Brandanschlag in So-



Safwan Eid vor dem Lübecker Flüchtlingsheim

Erklärung der Rechtsanwältinnen Safwan Eids

Mit der Entscheidung des 3. Strafsenats des Bundesgerichtshofs steht fest, daß das LG Kiel über die Anklage gegen Safwan Eid erneut verhandeln muß. Die Verteidigung hält die Wiederholung der Beweisaufnahme für überflüssig. Auch eine erneute Verhandlung kann nur zu einem Freispruch führen. Entgegen der Behauptung der Revision ergibt sich aus dem Akteninhalt eindeutig, daß der Inhalt der Abhörprotokolle nicht geeignet ist, Safwan Eid zu belasten.

Das neue Verfahren wird allerdings Gelegenheit geben, die teilweise unzutreffenden tatsächlichen Feststellungen des LG Lübeck zu überprüfen und abzuändern. Dies gilt z.B. für die Frage, ob ein

Brandanschlag von außen ausgeschlossen werden kann als auch für die Feststellung des Brandentstehungsortes. In diesem Zusammenhang wird das wiederholte Geständnis von Maik W. besonders zu berücksichtigen sein. Auch wird angesichts des neu aufgetauchten „Wir-warn's-Zeugen“ die von der Verteidigung schon immer in Zweifel gezogene Glaubwürdigkeit des Zeugen Leonhardt erneut überprüft werden müssen.

Safwan Eid war und ist der falsche Angeklagte im Prozeß um die Aufklärung des Brandes in Lübeck. Der Umstand, daß das Verfahren gegen Safwan Eid gleichwohl weitergeführt wird, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß allein gegen die Grevesmühlener Jugendlichen dringender Tatverdacht besteht. Hamburg, den 24. Juli 1998
Rechtsanwältin Gabriele Heinecke,

→lingen, brannte das Haus der türkischen Familie Ü. Obwohl Frau Ü. wie auch Nachbarn flüchtende Männer gesehen hatten und genaue Beschreibungen vorlagen, wurde die Mutter von 5 Kindern beschuldigt, ihr Haus selbst angezündet zu haben. In anderer Richtung wurde nicht ermittelt. Am 20. Februar 1996 wurde Frau Ü. freigesprochen. Die wirklichen Täter laufen frei herum. Die Familie Ü. mußte aufgrund der unerträglichen Anschuldigungen aus Hattingen wegziehen. Eine Rehabilitation war nach drei Jahren nicht mehr möglich.

Als im März 1994 in Stuttgart sieben Menschen bei einem Brandanschlag ums Leben kamen, lautete das Urteil der Polizei zunächst „Unfall“. Zwei Jahre später wurde ein Täter mit offensichtlich rechtsextremem Hintergrund festgenommen.

Meist heißt es in den Monaten nach den Brandanschlägen von Mölln, Solingen und Stuttgart prompt „Kein Hinweis auf einen fremdenfeindlichen Hintergrund“ oder „Brandursache unbekannt“.

Im Hintergrund der Taten steht aber zumeist zweifelsohne das gesellschaftliche und politische Klima von Ausgrenzung, Menschenhaß und Rassismus.

Es ist nicht die Aufgabe der Staatsanwaltschaften, am Bild des ausländerfeindlichen Deutschland zu polieren, sondern rechtsstaatliche Verfahren durchzuführen.

Der Verdacht, daß der Brand von Lübeck in einer Reihe mit dem Anschlägen von Mölln und Solingen steht, wird nur durch eine konsequente Ermittlung aufzuklären sein.

Die Aufklärung des Todes von zehn Menschen muß jetzt in den Mittelpunkt gerückt werden.

Es entbehrt ganz offensichtlich jeder inneren Logik, daß jemand das Haus anzündet, in dem er wohnt, und dann mit seiner gesamten Familie darin bleibt – wenn er nicht gerade mörderische oder selbstmörderische Neigungen hat.

Im Gegensatz dazu wurden die zunächst Verdächtigen, Jugendliche, die neonazistische Verbindungen oder Sympathien haben, nach der Festnahme von Safwan Eid sofort wieder freigelassen.

Noch einmal zur Erinnerung:

In der Tatnacht, wenige Minuten, nachdem die ersten Rettungswagen eingetroffen waren, gegen 4 Uhr früh, hielt eine Polizeistreife in der Nähe des Brandes die Personalien dreier Männer fest, die in ein Auto gestiegen waren. Einer hatte kurzgeschorene Haare, alle waren mit Bomberjacken, Fliegerstiefeln bekleidet.

Erst einen Tag später wurden sie als mutmaßliche Täter im mecklenburgischen Grevesmühlen, 30 km von Lübeck entfernt, festgenommen, um nach wenigen Stunden der Vernehmung und Ermittlung wieder freigelassen zu werden.

Sie wurden freigelassen, obwohl sie, wie erst viele Wochen später bekannt wurde, versengte Augenbrauen, Wimpern

und Haare aufwiesen. Sie wurden freigelassen, obwohl sie wenige Minuten vor Ausbruch des Brandes Benzin bei einer 5 km entfernten Tankstelle gekauft hatten und dann unmittelbar vor dem Haus, das Minuten später brannte, beim Einsteigen in ihr Auto von der Polizei kontrolliert wurden.

Wie es in der Abschlußverfügung der Staatsanwaltschaft hieß, will sagen: Die Jungs haben mit dem Feuer gespielt.

Aber wo? Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft gab es „eine durchaus plausible Erklärung“ ab. Maik W., einer von den Männern, gibt an, mit Dirk T. einen Hund geärgert zu haben, ihn mit Haarspray besprüht und dann den Sprühstrahl angesteckt zu haben. Dabei sei es zu einer Stichflamme gekommen. T. kann sich nicht daran erinnern. Plausi-

bel? Der Hund wurde nicht gesucht. Reine B. hat eine andere Erklärung. Er will im Dunkeln Benzin für sein Mofa abgezapft haben und dabei mit dem Feuerzeug nachgeschaut haben.

Alles deutet darauf hin, daß die Staatsanwaltschaft Lübeck diesen Männern ideologischen Schutz gewähren wollte. Staatsanwalt Michael Böckenbauer hält Eid für den Täter.

Die Lübecker Staatsanwaltschaft ist aufgefordert, nunmehr nachdrücklich in alle Richtungen zu ermitteln. Die Aufklärung des Todes von zehn Menschen muß dabei in den Mittelpunkt gerückt werden.

Kambiz Behbahani, bis 1997 im Bundesvorstand der Grünen, lebt in Berlin und arbeitet im migrantenpolitischen Bereich

Union und SPD zur „Inneren Sicherheit“

Kohl muß weg, damit Schröder so weitermachen kann?

Die Wahlumfragen zeigen nach wie vor einen deutlichen Stimmenvorsprung der SPD. Aber von einer auf politischen Wechsel zielenden Stimmung ist so gut wie nichts zu spüren. Sechs Wochen vor den Bundestagswahlen klingt die Lösung „Kohl muß weg“ wie eine falsche Münze.

Ende Juli stellten SPD und Union ihre programmatischen Positionen zur „Inneren Sicherheit“ vor. Daß sie dieses Thema damit zum Schwerpunkt des „heißen“ Bundestagswahlkampfes machten, ist kein Zufall und zeigt eine grundlegende Gemeinsamkeit. Beide reagieren damit auf die sozialen Polarisierungsprozesse im Inneren und international, die sie aber nicht als soziales Problem aufwerfen, sondern eben als Frage der „Inneren Sicherheit“.

Unterschiede und Gemeinsamkeiten

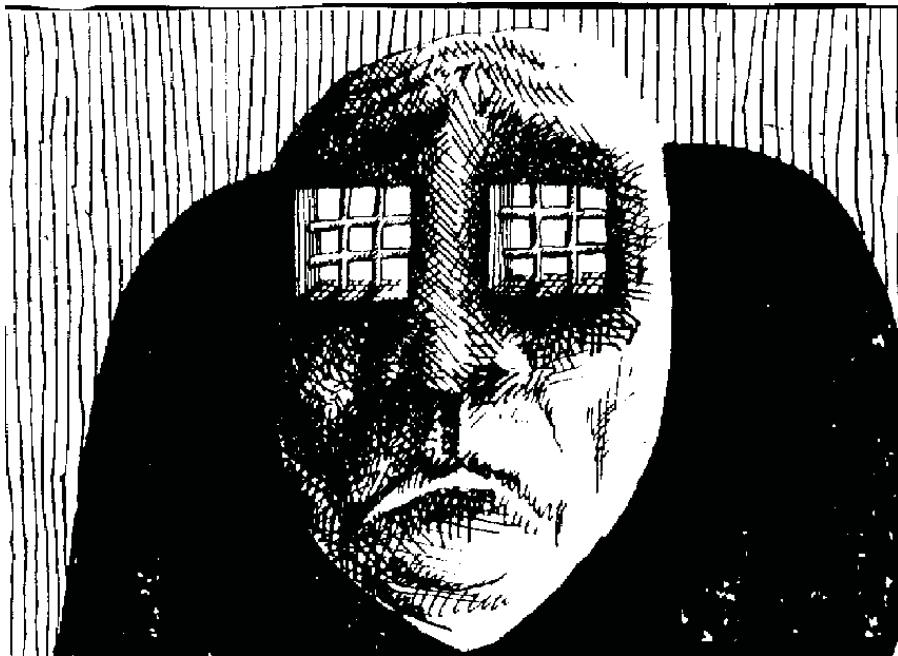
Sicher, auf den ersten und auch auf den zweiten Blick unterscheiden sich die Konzeptionen von CDU/CSU und SPD. Tatsächlich aber findet eine Annäherung statt, und zwar durch eine kräftige Bewegung beider nach rechts.

Der „Leitsatz“ der Union¹ lautet: „Wehret den Anfängen! Anfänge, das sind die geduldeten Verwahrlosung von öffentlichen Verkehrsmitteln und Plätzen durch Drogenszenen und Alkoholismus-Milieus, durch Vandalismus, Schmiereien und Belästigung durch aggressives Betteln. (...) Am Ende stehen Gewalt und Schwerverbrechen!“ Die weiteren Ausführungen bestätigen, was der „Leitsatz“ verheiße. Grundlegende Linie ist der Ausschluß von Minderheitengruppen, die als „Bedrohung“ wahrgenommen und klassifiziert werden: der „Unerwünschten“,

der Armen, der „Unproduktiven“, der von der Norm „Abweichenden“, der „Kriminellen“. Ein breitgefächertes Repressionsinstrumentarium wollen die Konservativen dazu bereitstellen: von der Vertreibung der Deklassierten aus den Innenstädten über geschlossene Heime für Kinder und Gefängnisse für Jugendliche bis zur „konsequenten“ Abschiebung von straffällig gewordenen „Ausländern“. Für Sexualstraftäter verzichten sie ausdrücklich selbst auf das Ziel von Resozialisierung, d.h. von Wiedereingliederung in die Gesellschaft. Mit dem Prinzip des Ausschlusses konstituieren die Konservativen zugleich die Gesellschaft der – deutschen – „Anständigen“, zu deren Schutz alle Mittel erlaubt sind und die, als „Anständige“, ihrerseits nichts zu verbergen und deshalb auch gar keinen Grund haben, etwa den Großen Lausch- und Spähangriff oder Personenkontrollen an jedem Ort und zu jeder Zeit oder was sonst immer der „starke Staat“ erfordert, zu fürchten.

Wie die CDU operiert auch die SPD² mit Sicherheitspaniken. Sogar noch ausgeprägter nimmt sie Bedrohungsgänge zum Ausgangspunkt ihrer Positionsbestimmung. So erklären es die Autoren Schily und Glogowsky zum „Recht“ der Bürgerinnen und Bürger, „frei von Angst vor Verbrechen leben zu können“ – ein geradezu wahnwitziges Versprechen, das, weil es nie erfüllt wird, alles rechtfertigt.

Im Unterschied zur Union, der zum Thema Vorbeugung stets nur die „werte-vermittelnde Erziehung“ der Jugend einfällt, thematisiert die SPD immerhin noch die „soziale Sicherheit“, die sie als „wesentliche Bedingung des Inneren Friedens und damit wirklicher Innerer



Sicherheit“ bezeichnet, und spricht sich auch für soziale Prävention aus. Daß das jedoch Beiwerk bleibt zu einer wesentlich rassistisch geprägten Repressionsstrategie, wird spätestens deutlich, wenn die SPD die „Bestandsaufnahme“ der „Inneren Sicherheit“ vornimmt. Da benennt sie neben der Zunahme von Gewalt, v.a. bei der Jugend- und Kinderkriminalität – die aus dem Ausland eingeschleppte „Ausländerkriminalität“: „Die Sicherheitslage hat sich seit den politischen, sozialen und wirtschaftlichen Umwälzungen in Europa auch in Deutschland spürbar verändert. Die größere Freizügigkeit für die Menschen in Osteuropa hat in Verbindung mit dem erheblichen Wohlstandsgefälle einen Kriminalitätsimport besonders in die ostdeutschen Länder ermöglicht. (...) In Deutschland illegal aufhältige oder reisende ausländische Straftäter belasten das Ansehen der hier oft bereits seit Jahrzehnten lebenden ausländischen Wohnbevölkerung ...“ Die gesellschaftlichen Ursachen von Kriminalität sind hier im wesentlichen liquidiert. Die Botschaft lautet: Aus dem Osten, aus dem Ausland kommt Gefahr.

Das Bedrohungsszenario der SPD besteht wie das der CDU darin, Zugehörigkeit und Nicht-Zugehörigkeit zur deutschen Gesellschaft zu definieren, den „anderen“ zu konstituieren, wobei die „anderen“ zuallererst die aus der Fremde einfallenden „Ausländer“ ist. Daß die SPD von diesen die ausländische Wohnbevölkerung zunächst unterscheidet, stigmatisiert sie nur um so mehr und nimmt von jenen nicht die Drohung der Ausschließung: „Straffällige Ausländer“ sollen in jedem Fall abgeschoben werden. Damit hat die SPD die Linie, die Schröder und andere seit Jahr und Tag vertreten, vollends zum Programm erhoben.

Auch im anderen großen Thema der „Inneren Sicherheit“, der Jugendkriminalität, ist die SPD in der Konsequenz auf

den Spuren der Union: Sie befürwortet in ihrem Positionspapier erstmals ausdrücklich die geschlossene Heimunterbringung für Kinder und Jugendliche und tritt dafür ein, gegebenenfalls das Erwachsenenstrafrecht auf Heranwachsende anzuwenden – was die CDU/CSU, die überdies für die Erhöhung der Höchststrafe im Jugendrecht von 10 auf 15 Jahre eintritt, zum Regelfall werden lassen will.

Weichenstellung in Richtung Große Koalition

In der BRD stimmt das soziale Gefüge mit dem sozialrechtlichen Gefüge nicht mehr zusammen. So oder so stehen große Umwälzungen an. Ähnlich große Umwälzungen der Gesellschaft der BRD standen schon einmal an. Damals zerfiel die CDU/CSU/FDP-Koalition und bildete sich 1966 eine Große Koalition von Union und SPD. Obwohl die Große Koalition die Notstandsgesetze durchsetzte, ist die damalige mit der heutigen Situation nicht vergleichbar. Denn damals brachte die Bildung der Großen Koalition das Scheitern der neoliberalen Politik und des CDU-Konzepts der „formierten Gesellschaft“ zum Ausdruck, herrschte die Stimmung, sich des bedrückenden Alten zu entledigen, beherrschten „mehr Demokratie“, „mündige Gesellschaft“, „Chancengleichheit“ die gesellschaftspolitischen Diskurse (und „Entspannung“ die außenpolitischen). Und heute?

Die neokonservativ-liberale Koalition verficht den Kurs, die soziale und politische Ungleichheit zu vertiefen, die Ausgrenzung voranzutreiben, im Inneren den autoritären Staat zu errichten, nach außen Einmischung und Aggression zu betreiben. Die SPD läßt Unterschiede, aber keine wirklichen Alternativen erkennen; das macht das Positionspapier in aller Deutlichkeit klar: Sie hat sich auf den Kurs eingelassen, daß als Prinzipien bei den Umbauten nicht Solidarität,

Selbstbestimmung, Demokratie, sondern Ausschließung, Entsolidarisierung, Staatsautorität zur Geltung kommen sollen. Kohl muß weg, damit Schröder so weitermachen kann?

Die PDS, deren Wiedereinzug in den Bundestag längst nicht gesichert ist, hat als sozialistische Kraft keine Chance, wenn sie nicht in allen Fragen ihr politisches Handeln und Streben umfassend aus den Interessen der Ausgegrenzten, der Benachteiligten, Nicht-Begünstigten begründet und die Elemente von Solidarität und Selbstbestimmung stärkt. scc

Quellen

- 1 „Der starke Staat schützt die Bürger. Null Toleranz bei Rechtsbruch und Gewalt“
- 2 „Den Rechtsstaat stärken – den Inneren Frieden wahren – die Innere Sicherheit gewährleisten“

Spurenvernichtung

Nazi-Gold: Dokumente weg

Im August müssen Bundesbank und Bundesarchiv einen Bericht über die Goldtransaktionen der Nazizeit vorlegen, der u.a. Aufschluß über die Verwendung des jüdischen und anderen Nazi-Opfern abgenommenen Goldstücke geben soll – bis hin zum Zahngold, daß die Nazis ihren KZ-Opfern ausbrachen. Das hatte die Londoner Konferenz über Nazi-Gold im Dezember letzten Jahres beschlossen.

Bei der Vorbereitung dieses Berichts wurde nun bekannt, daß zahlreiche Dokumente bereits 1978 im Zusammenhang mit der Abwicklung von „Reichsbank-Akten“ vernichtet wurden – u.a. vom Bundesarchiv in Koblenz. Das dem damaligen Bundesfinanzminister Matthöfer (SPD) unterstehende Amt des „Reichsbankabwicklers“ habe die Akten offenbar nicht für wichtig gehalten, heißt es. Zu den für „unwichtig“ erklärt und vernichteten Akten gehören u.a. die sog. „Melmer Hefte“, in denen der Eingang von Zahngold und Wertgegenständen von Juden in Konzentrationslagern erfaßt wurde. Diese Hefte wurden nach dem dafür zuständigen SS-Mann Bruno Melmer benannt. Das geraubte Gold wurde dann unter anderem in Werken des noch heute bestehenden DEGUSSA-Konzerns eingeschmolzen. Die Melmer-Hefte und andere Akten waren von den Alliierten der Anti-Hitler-Koalition 1945 in der Reichsbank beschlagnahmt und 1948 an die „Bank Deutscher Länder“, die spätere Bundesbank, zurückgegeben worden.

Am 28. Juli meldete nun das Bundesarchiv, das Verschwinden der Akten sei „nicht mehr aufzuklären“. Inzwischen gibt es erste Forderungen, die Vernich-



→ tung der Akten müsse personelle Konsequenzen haben. Das Siemon-Wiesenthal-Zentrum in Wien erklärte, die Vernichtung der Akten sei „im besten Fall Unordnung, im schlimmsten Fall die Tatsache, daß die Bundesbank-Verantwortlichen ihre damaligen Besitztümer behalten wollten.“

Noch Ende der 60er Jahre waren mehr als ein Drittel aller leitenden Beamten der Bundesbank (Zentralbankrat und Vorstandsmitglieder der Landeszentralsbanken) frühere NSDAP-Mitglieder. *rül*
Quellen: Handelsblatt, 24./25.7. und 29.7.98

50. Jahrestag der Nürnberger Urteile

IG Farben hofft weiter auf Beute

Berlin. Die Auflösung der IG Farben AG in Liquidation und die Auszahlung des Vermögens von 30 Millionen Mark an die noch lebenden ehemaligen Zwangsarbeiter forderten am 29.7. der Dachverband der Kritischen Aktionäre und das Auschwitzkomitee auf einer Pressekonferenz in Berlin. Anlaß war der 50. Jahrestag der Urteilsverkündung im Nürnberger IG-Farben-Prozeß.

Einen „juristischen und politischen Skandal“ nannte der Historiker Dietrich Eichholz das Urteil, welches das US-Militärgericht in Nürnberg gegen den Konzernvorstand der IG Farben am 29. Juli 1948 verhängte.

Im Anklagepunkt der „organisierten Sklavenarbeit“ wurden 13 von 23 Angeklagten zu Gefängnisstrafen von eineinhalb bis acht Jahren verurteilt. Die extreme Milde des Urteils begründeten die US-Richter mit dem „Notstandsargument“.

Bis heute benutzt die Liquidations-AG den Richterspruch von 1948 als Argument für die Verweigerung von Entschädigungen. Dabei ist belegt, daß die IG Farben in Monowitz bei Auschwitz ihr eigenes Konzentrationslager unterhielt, in dem 30.000 Verschleppte „durch Arbeit vernichtet wurden“. Die Ausbeutung der Arbeitskraft bedeutete für die deutsche Industrie einen vorher nicht gekannten Gewinnzuwachs. Während ein Teil des blutigen Vermögens in Nachfolgeffirmen der IG Farben wie Hoechst und BASF floß, sollte die Liquidations-AG ein Restvermögen von 30 Millionen Mark verwalten, um eventuelle Gläubiger zu bedienen und sich dann selbst auflösen.

Die Abwicklungsgesellschaft besteht nun schon seit 40 Jahren, während das Geld arbeitet. An einer zügigen Verteilung des Vermögens besteht offenbar kein Interesse, solange sich davon gut leben läßt. Durch den Mauerfall hofft die Liquidations-AG auf die Aufstockung ihres Vermögens durch die Rückübertragung von ehemaligen Immobilien der IG Farben im Osten, so Henry Mathews von den „Kritischen Aktionären“. Dabei steht einiges auf dem Spiel: Flächen von

151 Millionen Quadratmetern zwischen Rostock und Erzgebirge, davon 130.000 Quadratmeter in bester Lage in Berlin. In allen juristischen Instanzen der BRD wurde das Begehr abgelehnt. Doch die Treuhänder der IG Farben scheuten sich nicht, mit ihrer Klage vor den Europäischen Gerichtshof zu ziehen, der bisher in der Sache nicht entschieden

hat. Davon abgesehen führt die Liquidationsgesellschaft weltweit eine Reihe von Prozessen, um enteignete Firmenbesitzer zurückerstattet zu bekommen.

Für Liquidator Günter Minninger kommt eine Auflösung erst in Frage, wenn alle Prozesse abgeschlossen sind. Bis dahin wird sich das Problem bereits „biologisch gelöst“ haben.

Wie schon in den vergangenen Jahren wollen der Dachverband Kritischer Aktionäre und das Auschwitz-Komitee die Aktionärshauptversammlung stören, dieses Jahr sogar „undurchführbar machen“.

Bereits im vergangenen Jahr habe kein Hotel im Raum Frankfurt/Main Räume



für die IG Farben-Aktionäre zur Verfügung gestellt. Diesmal hoffen die Kritiker auf starke Unterstützung durch die Medien, da SPD Kanzlerkandidat Schröder die Entschädigung der Zwangsarbeiter zum Wahlkampfthema gemacht hat. Schröder hatte den Antrag der Grünen aufgenommen, eine Bundesstiftung für die Entschädigung der Zwangsarbeiter einzurichten, in welche die Firmen „freiwillig“ einzahlen sollten.

Das reicht den Veranstaltern der Pressekonferenz nicht. Sie fordern die Politik auf, die Industrie zur Entschädigung zu verpflichten.

aus: *Junge Welt*, 30. Juli 1998

□

Neues von der Petitionskampagne „Das PKK-Verbot aufheben – Dialog statt Verbot“

Ziel: Über 10.000 Unterschriften gegen das PKK-Verbot

Im April/Mai berichteten wir zuletzt über die auch von dieser Zeitschrift unterstützte Kampagne, mit einer Petition an den im September neu zu wählenden Bundestag Druck für eine Aufhebung des PKK-Verbots zu machen.

Inzwischen treffen alle Parteien ihre Vorbereitungen für den „Schlußspurt“ des Wahlkampfes. Anlaß genug also, um auch eine kleine „Zwischenbilanz“ der Petitionskampagne zu ziehen und zugleich alle, die bisher schon mitgemacht haben, dabei zu ermuntern, das Anliegen dieser Kampagne auch in der „heißen Phase“ des Wahlkampfes im Auge zu behalten und weiter Unterschriften für die Petition zu sammeln. Denn so viel steht fest: Wenn sich im Herbst überhaupt etwas ändern soll in diesem Land, dann muß eine Änderung der menschenverachtenden Türkei- und Kurdistan-Politik der Behörden dieses Landes dazugehören! Die Waffenlieferungen an das Regime in Ankara müssen aufhören, die Abschiebung von Flüchtlingen ebenso, die Verfolgung der Kurden und Kurden muß

ein Ende haben. 5 Jahre PKK-Verbot sind genug!

Bisher über 3.200 Unterschriften

15.000 Faltblätter mit dem Text der Petition, mit einer Übersicht über erste Unterstützer/innen der Kampagne und einem Vordruck zum Unterzeichnen sind seit April bis auf einen kleinen Rest, der in den nächsten Tagen verschickt werden soll, verschickt und verteilt worden.

Auf dem PDS-Parteitag, dem Juso-Bundeskongreß, dem DKP-Parteitag, auf der Jahrestagung des kurdischen Dachverbands YEK-KOM, dem VVN-Bundeskongreß, bei Tagungen von Flüchtlingsgruppen und anderen Treffen und Veranstaltungen wurden sie weiterverbreitet. Insgesamt 3.200 Unterschriften kamen zurück. Das ist gut, aber vermutlich noch lange nicht ausreichend, um auf die Parteien des nächsten Bundestages den gewünschten Eindruck zu machen, damit diese das PKK-Verbot endlich aufheben.

Dabei ist das Spektrum der Unterzeichnenden durchaus breit – Schülerin-

nen und Schüler, Zivildienstleistende Studierende, Arbeitslose, Jusos, Grüne, PDS, DKP, VVN, Pfarrer, Ärzt/innen, Anwält/innen und andere haben unterschrieben.

Zu den Unterzeichnenden gehören Abgeordnete der PDS-Bundestagsgruppe ebenso wie Abgeordnete der PDS-Fraktion und von Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus, der GEW-Landesvorstand Hamburg, Gewerkschafter/innen aus fast allen DGB-Gewerkschaften, Mitarbeiter/innen der (grünen) Berliner Stiftung „Umverteilen“, der Flüchtlingsrat Hessen und das „Dritte-Welt-Haus Frankfurt“, Jusos aus Hamburg-Eimsbüttel, der grüne Bürgermeister von Kreuzberg (Berlin) ebenso wie der PDS-Ehrenvorsitzende Hans Modrow, viele Mitglieder der VVN, des Bund der Antifaschisten (BdA), des Freidenkerverbands, Leute aus den „neuen Bundesländern“ ebenso wie aus der Alt-BRD, Kurdinnen und Kurden, Türken, Deutsche – sogar aus Polen und Italien kamen Unterschriften. Der „Dialog-Kreis“ in Köln hat ebenso wie das Bonner Friedensnetzwerk in ihren Publikationen bereits auf die Petitionskampagne aufmerksam gemacht, die Humanistische Union will sich anschließen, die „Rote Hilfe Zeitung“, „UZ“, „Neues Deutschland“ und hoffentlich weitere Zeitungen werden folgen.

Unsere Bitte:

- *wer noch keine Unterschriftenlisten hat, bitte bestellen und mitsammeln!*
- *wer die Listen hat (z.B. als Beilage zu seiner Zeitung), aber noch nicht gesammelt hat: bitte herausnehmen, Unterschriften sammeln und zurückschicken!*
- *Ausgefüllte Unterschriftenlisten bitte zurückschicken!*

Der Trägerkreis der Kampagne wird sich bemühen, in der nächsten Zeit durch Artikel in Zeitungen und Zeitschriften weitere Aufmerksamkeit für die Kampagne zu schaffen. Auch in der kurdischen Presse (MED-TV, *Özgür Politika*) soll geworben werden, auch die kurdischen Vereine wollen ihre Anstrengungen im Wahlkampf verstärken. Ein neues Unterschriftenblatt, nur in A-4-Format, soll bis Mitte August für den „Schlußspurt“ fertiggestellt werden und unter die Leute kommen. Und wenn die bis dahin eingehenden Spenden es zulassen, sollen noch Aufkleber gefertigt werden, kann vielleicht sogar noch die eine oder andere Anzeige geschaltet werden.

Mindestens 10.000 Unterschriften bis September müßten zu schaffen sein! *rül*

Infos: Petitionskampagne „Das PKK-Verbot aufheben“, c/o GNN-Verlag, Dieffenbachstr. 33, 10967 Berlin, Tel. (030) 69 40 10 39, Fax (030) 69 40 10 41.

Spendenkonto: Deutsch-Kurdischer Freundschaftsverein Berlin e.V., Berliner Sparkasse, Konto Nr. 14 40 03 05 84, BLZ 100 500 00, Stichwort: „Petition“.



OSZE-Konferenz in Kopenhagen

Kein Wort zur Verletzung der Menschenrechte in der Türkei

Vom 7. bis 10. Juli wurde in Kopenhagen die jährliche Konferenz der parlamentarischen Versammlung der OSZE (Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa) abgehalten.

Das Hauptthema war absolut der Konflikt Kosovo-Serbien. Unter anderem von deutschen und dänischen Parlamentariern wurde versucht, eine Resolution zu dem Attentat vom 12. Mai auf Akin Birbal, den Vorsitzenden des türkischen Menschenrechtsvereins IHD, auf die Tagesordnung der OSZE-Tagesordnung zu setzen, aber der protürkischen Lobby gelang es, mit bürokratischen Tagesordnungstricks zu verhindern, daß die Konferenz eine Resolution dazu überhaupt diskutierte. Das heißt, daß die Situation der Menschenrechte in der Türkei überhaupt nicht von der OSZE in Kopenhagen behandelt wurde. Ein Skandal, der aber bezeichnend ist für die Heuchelei der europäischen und nordamerikanischen Staaten gegenüber dem türkisch-kurdischen Konflikt. Der türkische Delegationsleiter, Mr. H. Tekin Enerem, wurde sogar zum Vize-Vorsitzenden der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gewählt!

In der langen Resolution über den Kosovo-Serbien-Konflikt hieß es, daß die OSZE die Parteien in dem Konflikt zu einer friedlichen Lösung des Konflikts auffordert, daß man Sanktionen gegen den Aggressor, die Jugoslawische Republik, vorschlage, daß man auffordert, keine Waffen für diesen Konflikt zu liefern usw. Also ei-

ne Resolution, die sehr genau auf den türkisch-kurdischen Konflikt passen würde. Mr. T. Enerem, der türkische Delegationsleiter, war einer derer, die diese Kosovo-Resolution vorschlugen.

Während der Kosovo-Serbien-Konflikt sowie die anderen Konflikte, mit denen die OSZE sich beschäftigt hat (Bosnien, Tschetschenien usw.) neuere Konflikte sind, die mit der Auflösung der Sowjetischen und der jugoslawischen Föderation zusammenhängen, ist der türkisch-kurdische Konflikt viel älter. Dieser Konflikt geht auf die Gründung der modernen türkischen Republik mit dem Lausanner Vertrag vom 24.7.1923 zurück – ist also ein 75 Jahre alter Konflikt.

Es wäre höchste Zeit, die Türkei auf die Tagesordnung der OSZE zu bringen. Die OSZE muß wählen, was wichtiger ist: Die Menschenrechte in der Türkei oder die Mitgliedschaft der Türkei in der NATO. Wir kennen leider die Antwort der OSZE! (IC, Kopenhagen)

Fotos: oben: OSZE-Tagung in Kopenhagen, unten: Protest gegen den Türkei-Tourismus im Sommer 1997



Trotz Aussperrung von 180.000 Arbeitern konnte der Konzern UAW nicht schlagen

GM-Streik in den USA erfolgreich

Der Streik begann am 5. Juni in dem wichtigsten Stanzwerk von GM in Flint, Michigan, nachdem die Werksführung in einer Nacht- und Nebel-Aktion über das lange Memorial-Day-Ferienwochenende die Preßformen in ein anderes Werk hatte transportieren lassen. 3.600 Arbeiter traten gegen diese Verletzung des Tarifvertrags, ausgehandelt in Verhandlungen, die GM über zwei Jahre hingezogen hatte, und nach 10 Jahren der „Kooperation“ sofort in den Streik. Ein Bericht eines Autoindustrie-Experten hatte GM noch für die Steigerung der Produktivität in den Stanzwerken gelobt – und nun das!

Eine Woche später folgten 5.800 Arbeiter des Delphi-Werks, ebenfalls in Flint. Obwohl der Streik lokal war und in der Folge auch blieb, nahm GM ihn zum Anlaß, bis zu 180.000 Arbeiter auszuschließen – Begründung: fehlende Teile für die Fließbänder. Es schien, daß GM nicht ganz unglücklich war, einen Grund zu haben, eine Menge von Arbeitern zum Ende der Produktion der 1998er Modelle und über die Werksferien auszuschließen. Zulieferanten hatten erst kürzlich mit Entlassungen begonnen – insgesamt 3.000. Experten sagten, daß GM und seine Händler bei den meisten Automodellen eine Halde für gut 40 Tage habe.

Die Taktik des Konzernmanagements bestand also offenbar darin, durch breitflächige Aussperrung die Streikenden in Flint zu isolieren und den Streik für die Automobilarbeitergewerkschaft UAW möglichst teuer zu machen, um so die UAW möglichst dauerhaft zu schwächen.

Nach dem schon erwähnten Expertenbericht hinkt GM trotz wesentlicher Produktivitätssteigerung in den letzten Jahren hinter seinen Konkurrenten her. GM produziert mehr Teile werksintern als Ford und Chrysler, die erheblich mehr Teile von fremden Zulieferern fertigen und anliefern lassen. Dem GM-Management geht es deshalb schon länger darum, die Belegschaften weiter zu reduzieren, um seinen Produktivitätsrückstand aufzuholen. Um mit Ford gleichzuziehen, müßte GM 38.000 Arbeiter entlassen. GM versucht dabei, mehr Produktivität aus den Arbeitern herauszuquetschen, ohne in neue Maschinerie zu investieren oder die Verfahren zu ändern und zu vereinfachen, wie neue Automodelle entwickelt und montiert werden, wie Ford und Chrysler das getan haben (ein Expertenbericht nennt eine durchschnittliche Montagezeit für ein Auto bei Ford von 22,9 Stunden, bei GM von 30,3 Stunden). Um das zu erreichen, muß GM die Gewerkschaften zerschlagen oder zumindest uneffektiv machen: erstens durch eklatante Mißachtung existierender Tarifverträge, zweitens durch Auslagerung der Produktion zu nicht gewerkschaft-

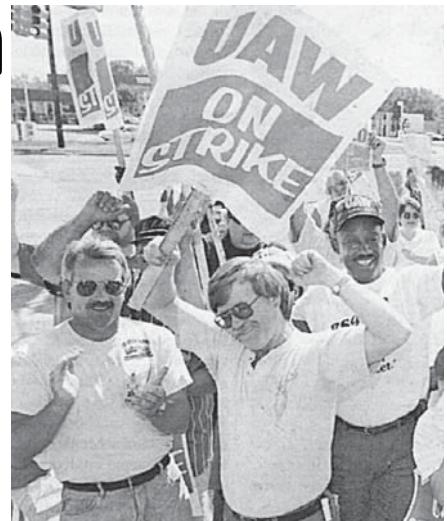
lich organisierten Zulieferern und in Billiglohnländer. Das Ziel ist, einen einheitlichen Produktionsprozeß weltweit mit gleichen Teilen und Systemen für verschiedene Modelle, gleiche Roboter in allen Werken weltweit, der gleiche Montageablauf für alle Modelle in allen Werken, so daß sie im Falle von Streiks in kürzester Zeit die Produktion von einem Werk zum anderen oder in ein anderes Land verlegen können. GM will erklärtermaßen in nichts investieren, das nicht mit diesem Ziel übereinstimmt.

Deshalb die heftige Reaktion der GM-Belegschaften in den beiden Werken in Flint. Sie befürchteten zu Rechte die Absicht, dauerhaft die Gewerkschaft zu schwächen und die Produktion ihres Werks in Billiglohnfirmen oder gar Billiglohnländer zu verlagern.

Sechs Wochen nach Beginn der Streiks in Flint hatten auch die Arbeiter des Saturnwerks mit 95% für Streik gestimmt. Auch bei ihnen ging der Konflikt darum, daß GM 1.500 der 6.200 Jobs auf Zulieferanten auslagern will. Weitere Urabstimmungen in anderen Werken waren Mitte Juli für andere Werke angesetzt. Gegen die Ausweitung der Streiks versuchte darauf GM, per Gericht ein sofortiges Schlichtungsverfahren durchzusetzen. Der Richter folgte diesem Antrag nicht, sondern forderte GM und die Gewerkschaft UAW auf, bis Dienstag, den 21. Juli, selbst einen Schlichtungstermin auszuhandeln. Nur wenn GM und UAW zu keiner Einigung kämen, werde er einen Schlichtungstermin festsetzen. Bei der Schlichtung ging es allein darum, ob der Streik illegal sei, weil er, wie GM behauptet, wegen überregionaler und nicht lokaler Konflikte ausgerufen sei, was nach dem Tarifvertrag nicht erlaubt ist.

Der UAW-Verhandlungsführer Shoemaker wurde zu dem Zeitpunkt in der Presse zitiert, daß es nicht im Interesse der Arbeiter sei, den Streik schnell beizulegen. Der Grund: der Streik habe bislang keinen einschneidenden Effekt auf GM, die GM-Autohändler und die Zulieferanten gehabt. Der täglich mehr aufgeblasene „Verlust“ von GM (angeblich 4 Mrd. \$ „Verlust“ bis Mitte Juli) existierte nur auf dem Papier und werde sofort aufgeholt, sobald die Produktion wieder beginne. Die UAW wollte deshalb den Streik über das Ende der Werksferien am 13. Juli hinaus weit ausdehnen, um GM wirklich hart zu treffen. Erst wenn die neuen 1999er Modelle in Produktion gehen müssen, um zur gleichen Zeit wie die Ford- und Chrysler-Konkurrenz in den Verkaufsräumen der Händler zu erscheinen, würde das Management nachgeben.

Am 27. Juli kamen dann vom GM-Management die ersten Friedenssignale. Die aus dem Werk in Flint entfernten Preß-



formen wurden zurückgebracht. Die UAW erlaubte daraufhin 160 Arbeitern, die Formen einzubauen und zu testen. Gleichzeitig erschienen Presseberichte, die „Halde“ von unverkauften GM-Modellen sei jetzt am Ende, bei den Händlern würden erste Lieferschwierigkeiten spürbar. Zu dem Zeitpunkt waren 20 Montagewerke und 100 Zulieferwerke des GM-Konzerns lahmgelegt. Die Presse verglich den Streik bei GM schon mit dem berühmt-berüchtigten Sitzstreik von 1936/37, dessen Erfolg zur Anerkennung der UAW durch GM geführt hatte.

Am 29. Juli wurde dann bekannt, daß GM und UAW sich auf ein Ende der Streiks verständigt haben. Das *Handelsblatt* berichtete: „GM hat zugesichert, verschiedene Zuliefererfabriken, darunter auch die von Flint, bis zur Jahrtausendwende nicht zu verkaufen. Damit hat die Gewerkschaft die Jobs dort nicht einmal für zwei Jahre gesichert. GM wird zudem die bereits zugesagten Investitionen von 310 Mio. \$ im Werk Flint, wo Stanzteile wie Motorhauben hergestellt werden, nach Plan abgewickelt. Die Gewerkschaft sichert im Gegenzug zu, daß bis zum Jahr 2000 bei GM nicht mehr gestreikt wird.“

Die Gewerkschaft UAW feiert dieses Ergebnis als Erfolg. Die auf die Interessen von Management und Aktionären verpflichtete Wirtschaftspresse wie das „*Handelsblatt*“ gibt der UAW knurrend recht. „Der Konzern verliert 2,5 Milliarden Dollar und gewinnt nichts“, schreibt das *Handelsblatt* zum Abschluß des Streiks (30.7.) weiter. Das Vertrauen der Aktionäre in GM-Chef Smith sei schwer erschüttert. Es könne gut sein, daß Smith nun bald abgelöst würde. „Es wäre nicht das erste Mal, daß die Großaktionäre sich einen neuen Mann suchen.“

Der Versuch des Managements, durch den provokatorischen Abbau ganzer Anlagen in Flint das Rationalisierungsprogramm des Konzerns zu beschleunigen und der Belegschaft eine schwere Niederlage beizubringen, scheint gescheitert. (her, ger, rül)



Egin apunta y ETA dispara

„Egin zielt und ETA drückt ab“

Ohne jegliche Vorwarnung wurden vor zwei Wochen die baskische Tageszeitung und der Radiosender „egin“ (übersetzt „machen“) geschlossen. Die Herausgebergesellschaft Orain (übersetzt „jetzt“) wurde wegen des Vorwurfs der Organisierung eines betrügerischen Bankrotts, Steuerhinterziehung und Betrug am Sozialversicherungssystem dicht gemacht und das Gelände versiegelt. Neun Mitglieder des Verwaltungsrates sowie der Chefredakteur Xabier Salutregi wurden verhaftet. Außer Wirtschaftskriminalität wird ihnen Mitgliedschaft in der ETA vorgeworfen. Der Journalist Salutregi soll das wichtigste Bindeglied zwischen egin und der baskischen Befreiungsbewegung sein.

Jaione, Bibliothekarin, und Rainer, Deutschlehrer, beide aus San Sebastián zur Zeit zu Besuch in Hamburg, äußern sich über die Hintergründe und die politische Einordnung dieser Aktion.

Welche Bedeutung hat egin für das Baskenland?

Egin ist die einzige im Baskenland erhältliche Tageszeitung, deren Berichterstattung nicht im spanischen Mainstream ist. Die Zeitung existiert seit 21, das Radio seit ungefähr acht Jahren. Es werden etwa 50.000 Exemplare täglich verkauft. Alle politisch interessierten Menschen im gesamten Baskenland lesen egin. Für uns ist sie unverzichtbar.

Weshalb? Was macht sie für Euch so wichtig?

Egin arbeitet nach einem Konzept, das für eine Tageszeitung eher ungewöhnlich ist. Die ersten drei Seiten sind Tagesmeldungen, nationale und internationale, wie das bei anderen Zeitungen auch so üblich ist. Die nächsten drei, manchmal

sogar vier, Seiten, sind Fremdartikeln vorbehalten. An sehr zentraler Stelle können hier Kirchenleute, Intellektuelle, Feministinnen, Gefangene, Totalverweigerer oder die verschiedensten politischen Organisationen schreiben. Ohne Zensur. Alle haben Zugang dazu. Das Thema muß vorher bekannt gegeben werden, dann wird die Länge des Artikels und das Erscheinungsdatum besprochen. Manchmal wird auch ein zentrales Thema vorgegeben. Das steht dann vielleicht zwei Wochen lang zur Debatte und alle können sich dazu äußern.

Dadurch wird egin zum Sprachrohr für die Movimiento Liberación Nacional Vasco (MLNV), der baskischen Befreiungsbewegung, wo alle fortschrittlichen Menschen und Gruppen organisiert sind. Unter anderem auch wir beide. Aber auch Gegner von Herri Batasuna, dem Wahlbündnis der MLNV, können sich hier unzensiert äußern. Die Redaktionsräume und das Archiv stehen ebenfalls allen offen.

Warum wurde egin jetzt verboten?

Es ist kein offenes politisches Verbot. Vielmehr wurde die Verlagsgesellschaft Orain geschlossen und die Druckmaschinen beschlagnahmt. Zeitung und Radio sind somit arbeitsunfähig, was natürlich faktisch einem Verbot gleichkommt.

Mit welcher Begründung?

Neben dem Chefredakteur Xabier Salutregi sind neun Mitglieder des Verwaltungsrates festgenommen worden. Ihnen wird vorgeworfen, Mitglied der ETA zu sein und in deren Auftrag einen betrügerischen Bankrott organisiert haben, um dem spanischen Staat den Zugriff auf das Betriebsvermögen unmöglich zu machen.

Was heißt „Organisieren eines betrügerischen Bankrotts“?

Anfang der 90er Jahre hat egin Schulden bei der Sozialversicherung gemacht, also Beiträge nicht eingezahlt. Der konkrete Vorwurf lautet, daß die ETA es durchgesetzt hätte, daß diese Schulden, immerhin eine Summe von umgerechnet etwa 700.000 Mark, nicht per Pfändung eingetrieben werden könnten, indem die Verlagsgesellschaft Orain an eine Folgefirma verkauft wurde. Dieses Unternehmen könnte ja nicht für die Schulden der ursprünglichen Gesellschaft verantwortlich gemacht werden. Um die Spuren auch wirklich zu verwischen, behauptet der Ermittlungsrichter Baltasar Garzón, sei Orain gleich zweimal weiter verkauft worden. Und das ist eben der betrügerische Bankrott: Die Firma Orain wurde ohne jegliches Vermögen gelassen. Es existiert lediglich der Name. Das Betriebsvermögen in Form der Druckerei und dem Namen egin sind in den Händen der Folgefirma und können nicht gepfändet werden. Jedenfalls nicht, wenn die Käufer jeweils „guten Glaubens“ gehandelt, also wirklich nichts von den Schulden bei der Sozialversicherung gewußt hätten. Und eben daran habe er Zweifel, behauptet Garzón.

Wie kommt der Ermittlungsrichter zu diesen Zweifeln?

Um das alles zu verstehen, müssen wir zurückgehen in das Jahr 1993. Der Firmenverkauf von Orain, um den es hier geht, war '93. Und die verhafteten Verwaltungsratsmitglieder waren '93 im Amt. Nicht jetzt.

Das scheint mir alles etwas kompliziert.

Dem Ermittlungsrichter Garzón gelang es, '93 bei führenden ETA-Mitgliedern Computer zu beschlagnahmen. In den Computerdateien will er Hinweise auf ein Treffen im Februar '92 zwischen der damaligen ETA-Führung und Salutregi gefunden haben. Dem Journalisten sei von der ETA der Posten des Chefredakteurs von egin angeboten worden. Im Gegenzug müsse er dafür sorgen, daß die Gesellschaft verkauft und das Vermögen unpfändbar würde. Somit, so Garzón, sei Salutregi das wichtigste Bindeglied zwischen egin und ETA.

Wenn bereits 93 die Dateien beschlagnahmt wurden, wieso dann erst jetzt die Schließung?

Das ist eine interessante Frage, die auch die Partei Escuerra Unida (Vereinigtes Volk), vergleichbar mit der hiesigen PDS, inzwischen öffentlich stellt. Natürlich geht es nicht um die Wirtschaftskriminalität. Nur mal so zum Vergleich, der spanische Fernsehsender Kanal 5, dessen Direktor Berlusconi ist, hat ebenfalls horrende Schulden bei der Sozialversiche-

rung gemacht. Gegen ihn läuft auch ein Verfahren und er war gerade in Spanien. Nur: Berlusconi ist frei, und Kanal 5 sendet nach wie vor.

Um was geht es denn dann?

Unserer Ansicht nach geht es darum, die MLNV, und alles was damit zusammen hängt, zu diffamieren. Egal ob Herri Batasuna, *egin* oder einzelne RedakteurInnen von *egin*, kulturelle baskische Organisationen, sie alle sollen diffamiert werden. Und dadurch, daß wir alle mit *egin* zu tun haben, können sie mit einem Schlag Informationen über die gesamte baskische Linke bekommen. Das ist eine gigantische Schnüffelaktion, sozusagen der große Lauschangriff. Plötzlich verfügen sie über unsere Privatadressen und Telefonnummern. Die Schließung von *egin* ist dabei nur die Spitze des Eisbergs. Allerdings ist *egin* den Herrschenden hier im Baskenland schon lange ein Dorn im Auge

Worin äußert sich das?

Eine Gruppe von JournalistInnen um den *egin*-Redakteur Pepe Rei, die investigativen Journalismus betreiben, wie hier früher Stefan Aust, haben im Baskenland immer wieder größere Skandale ausgelöst. Sie deckten Korruptionen auf, die Verquickung von der bürgerlichen nationalistischen Partei, der PNV, mit der Polizei, beispielsweise deren Votum im baskischen Parlament zugunsten von Bauvorhaben, die auf Zahlung von Schmiergeldern beruhten. Und noch einiges mehr. *Egin* wird von den ermittelnden Richtern immer wieder vorgeworfen, journalistische Kampagnen zur Vorbereitung von späteren ETA-Attentaten geführt zu haben. Dafür wurde sogar ein Begriff geprägt: *Egin apunta y ETA dispara*. *Egin* zielt und ETA drückt ab. Das ist eine unglaubliche Diffamierung dieser journalistischen Arbeit. Pepe Rei wurde 1995 schon einmal verhaftet und war ein Jahr inhaftiert.

Was wurde ihm vorgeworfen?

Er soll Auskünfte über ein bestimmtes Unternehmen bei einer Wirtschaftsdeutetei bestellt und ETA zur Verfügung gestellt haben. So habe diese Informationen für eine spätere Erpressung erhalten. Pepe Rei gab zu, diese Auskunftei bemüht zu haben, aber ausschließlich für seine redaktionelle Tätigkeit. Er habe die Unterlagen in das Archiv eingeordnet, das ja bekanntlich allgemein zugänglich sei. Alle 70 oder 80 JournalistInnen von *egin* beziehten sich selbst, diese Informationen an ETA weitergegeben zu haben. Daraufhin mußte Rei freigelassen werden. Auch damals war übrigens Garzón der Ermittlungsrichter. Aber wie gesagt, sie machen nicht nur Front gegen *egin*, sondern gegen alles, was mit der baskischen Befreiungsbewegung zusammen-

hängt. Im Dezember letzten Jahres wurde beispielsweise das gesamte Führungsgremium von Herri Batasuna, 23 Personen, zu sieben Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt.

Das ist ein ziemlich hartes Urteil. Wie kam es dazu?

Herri Batasuna ist die politische Partei oder genauer gesagt das Wahlbündnis, in dem letztlich die Menschen organisiert sind, die auch *egin* lesen. Bei den letzten Bundestagswahlen in Spanien vor zwei-einhalb Jahren produzierte Herri Batasuna verschiedene Videoclips. Unter anderem eines, wo die ETA Gelegenheit bekam, ihre Vorstellungen eines selbstbestimmten Baskenlandes darzustellen. Drei vermummte und bewaffnete Männer äußerten ihre Sichtweise zur Lösung des Konfliktes. Das führte wie gesagt dazu, daß der gesamte Vorstand verurteilt wurde und seit Dezember inhaftiert ist. Momentan stehen Verhaftungen und Beschlagnahmungen auf der Tagesordnung. Der Buchhalter einer Institution, die baskischen Schulunterricht anbietet, wurde im Mai verhaftet und die Firmenkonten beschlagnahmt. Der Vorwurf lautete, diese Organisation sei Teil des Finanzimperiums und Geldwaschanlage der ETA. Die Zeit von Juni bis September ist traditionell die Zeit der Fiestas, der Stadtteilfeste. Überall an den Ständen werden Flugblätter und Spendenbüchsen konfisziert.

*Dann war die Schließung von *egin* also abzusehen?*

Nein, überhaupt nicht. Trotz allem hat uns das hier völlig überrascht. Natürlich gibt es diese Diffamierungsversuche. Wir glauben, daß die Schließung ein Ablenkungsmanöver ist und *egin* in drei, vielleicht vier Monaten wieder erscheinen kann.

In welcher Hinsicht ein Ablenkungsmanöver?

Seit etwa zwei Monaten läuft ein Prozeß gegen die Führungsspitze aus den 80er Jahren der PSOE, der spanischen sozialdemokratischen Partei. Sie sollen verantwortlich sein für die Todesschwadronen GAL, Gruppo Antiterrorista de Liberación, die in der Zeit von 83 bis 86 im Baskenland operierten, 35 Tote hinterließen und mehrere Personen entführten. Für eine dieser Entführungen muß sich der damalige Innenminister und sein Staatssekretär verantworten. Die sind letzte Woche zu dreizehn Jahren Knast verurteilt worden. Und eine Woche vor dieser Verhandlung, die unheimliche Publizität erlangen würde, wird *egin* geschlossen. Und damit ja das Grundrecht auf Pressefreiheit verletzt. Das ist ein ganz sensibler Bereich. Selbst im bürgerlichen Lager ist das umstritten, da Pressefreiheit allgemein als hohes Gut gilt.

Entsprechend ist auch die Solidarität mit den ausgesperrten Beschäftigten. Die stehen ja jetzt auf der Straße. Sie haben zwar eine Menge Arbeit, aber werden eben nicht bezahlt. Wir haben heute mit einer Freundin telefoniert, Ainhoa Permach, die Mitglied der Nachrichtenredaktion und Nachrichtensprecherin ist.

Was sagt sie zur momentanen Situation?

Sie erzählte, daß die etwa 250 Beschäftigten, die sich jeden Tag vor dem Betriebsgelände treffen, ein ständiges Ohnmachtsgefühl erleben. Ihnen ist der Zutritt verboten, während die Polizei dort ein- und ausgeht. Sie befürchten, daß die Druckmaschinen bei der Verhaftung beschädigt wurden, so daß es auch nach der Freigabe des Betriebes schwierig sein wird und eine Menge Geld aufgebracht werden muß, um die Maschinen wieder in Gang zu bringen. Außerdem ist ihre Arbeitssituation völlig unklar. Sie haben kein Recht auf Arbeitslosengeld, weil ja keine Kündigungen vorliegen, sie müßten dazu die Verlagsgesellschaft verklagen. Das ist natürlich undenkbar. Letztendlich müßten sie sich dann ja selbst anzeigen. Außerdem ist die konkrete Arbeit ja auch sehr viel schwieriger geworden. Früher war *egin* die Zentrale für alle politischen Informationen. Hier lief alles zusammen. Jetzt gibt es nicht einmal ein zentrales Telefon. Am Donnerstag riefen die *egin*-Beschäftigten zu einer zweistündigen Solistreik auf. Es ist ungemein schwierig, nachzuvollziehen, wieviele Kolleginnen und Kollegen in anderen Betrieben sich dem angeschlossen haben. Sie geben jetzt eine Notzeitung, Euskadi (Information), heraus. Jeden Tag muß dafür eine Druckerei gefunden werden. Bei Orain wurde auch eine rein baskische Zeitung, *egunkaria* (Tageszeitung), gedruckt. Normalerweise verkauft *egunkaria* etwa 15.000 Exemplare täglich. Jetzt kann sie gar nicht mehr erscheinen.

Wie ist die Situation der Verhafteten?

Darüber wissen wir leider nicht sehr viel. Bemerkenswert ist, daß allen Verhafteten die Zulassung ihrer Wahlverteidiger verweigert wurde, sie bekamen Pflichtverteidiger zugeordnet. Das gab es in Spanien noch nie. Wir vermuten, das hängt damit zusammen, daß die Verteidiger alles prominente Herri Batasuna Anwälte sind. Wir haben keine Informationen darüber, ob es schon konkrete Forderungen für die Dauer der Haftstrafen gibt. Nächste Woche fahren wir zurück ins Baskenland. Dann werden wir mehr erfahren.

Dann danke ich Euch für dieses Gespräch und wünsche Euch und den Kolleginnen und Kollegen von *egin* viel Erfolg.

*Das Gespräch führte Birgit Gärtner.
(entnommen aus: Lokalberichte Hamburg, Nr. 15/16 vom 30.7.98)*



Revolutionär in Kuba: Vor 45 Jahren griff Castro die Moncada-Kaserne an

(Havanna, 27. Juli 1998, pulsar-Poonal).- Mit einer fünfstündigen Rede feierte Fidel Castro den 45. Jahrestag eines Ereignisses, das als Ausgangspunkt der kubanischen Revolution gegen das Regime von Diktator Fulgencio Batista angesehen wird. Am 26. Juli 1953 führte Castro den Überfall auf die Moncada-Kaserne in der Stadt Santiago an. Zwar scheiterte die Attacke und Castro selbst geriet in Gefangenschaft, doch die Angst vor der Diktatur wurde gebrochen. Der zukünftige Revolutionsführer wurde mit seiner Verteidigungsrede vor Gericht bekannt, in der er die Ziele des revolutionären

Kampfes darlegte und mit dem Satz rechtfertigte: „Die Geschichte wird mich freisprechen.“

45 Jahre später erklärte der heute 71jährige Castro in seiner Rede, daß ein Großteil dieser Ziele nach 1959 verwirklicht worden seien. Ebenso erwähnte er ausführlich die ständigen Bedrohungen gegen die Insel durch die „terroristischen Aktivitäten“ von Gruppen in Miami, die auf die Unterstützung des CIA zählen konnten. Solche Aktivitäten könnten auch heute noch mit Rückhalt in den US-amerikanischen Behörden rechnen, so der kubanische Präsident. Er ging auch auf die Attentatsversuche gegen ihn ein. Herausfordernd nannte er detailliert seine nächsten Reiseziele im Ausland. Solche Reisen wurden bislang so lange wie möglich geheim gehalten. Eine andere Überraschung war die Inschutznahme Bill Clintons. Dieser persönlich habe keine Verantwortung für die terroristischen Pläne der Kuba-GegnerInnen. Castro bot der US-Regierung sogar Zusammenarbeit bei der Bekämpfung solcher Aktionen an.

Costa Rica: Organisationsversuch in der Maquila

(San José, 21. Juli 1998, pulsar-Poonal).- Arbeitsrechtsverletzungen und eine schlechte Behandlung in den Fabriken gehören für tausende weiblicher Beschäftigter in der mittelamerikanischen Maquila-Branche zum Alltag. Oft schwiegen sie, um ihre Arbeit zu behalten. Das könnte sich jetzt ändern. Mit Geldern der holländischen Regierung wird die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) die Arbeitsrechte in der Region fördern und Maquila-Beschäftigte beraten. Eine bessere Organisation der Frauen soll ihre Verhandlungsposition stärken.

In Mittelamerika sind etwa 250.000 Menschen in der Maquila-Industrie beschäftigt. 90 Prozent der Arbeitsplätze werden von Frauen besetzt. Die Branche hat einen schlechten Ruf, weil immer wieder Fälle von sexueller Belästigung der Arbeiterinnen, Mißhandlung und Mißachtung von Arbeitsrechten bekannt werden. Das schlechteste Image haben dabei die Betriebe, hinter denen asiatisches Kapital steht. Niedriglöhne machen die Produktion in Mittelamerika attraktiv. Der Stundenlohn übersteigt selten 90 US-Cents, während in den USA und Japan für vergleichbare Arbeit bis zu 9 bzw. 11,5 Dollar gezahlt werden.

Kolumbien: Guerilla will keine multinationale Einsatztruppe

(Bogotá, 28. Juli 1998, pulsar-Poonal).- Die Nationale Befreiungsarmee (ELN) hat sich gegen UNO-Truppen in Kolum-

bien ausgesprochen. Die Vereinten Nationen hätten mit solchen Entsendungen bisher „nicht unbedingt Erfolge geerntet“, erklärte Rebellenführer Pablo Beltrán gegenüber der hauptstädtischen Tageszeitung „El Espectador“. Die multinationale Einsatztruppen würden sich aus zehn Soldaten verschiedener Länder und tausend Soldaten aus den USA zusammensetzen. Das ließe die Guerilla nicht mit sich machen. Die ELN hat sich verschiedentlich in dem Sinne geäußert, daß die USA keine moralische Autorität haben, um als Vermittler in einem möglichen Friedensprozeß in Kolumbien zu dienen.

Irak: Die Massenexekutionen gehen weiter

Nach neuen Berichten von unseren Informationsquellen innerhalb des Irak halten die blutigen Massenexekutionen, die das diktatorische Regime letztes Jahr als berüchtigte Gefängnis-Säuberungskampagne begann, noch immer an.

Informationen über einige neue Opfer legen nahe, daß die Massenexekutionskampagne auch Anfang Juni 1998 im Gange war, und man vermutet, daß sie jeden Monat Dutzende von Häftlingen das Leben kosten. In den Gebieten, aus denen diese Informationen stammen, aus nur drei Provinzen Najaf, Babel und Kerbala, wurden mehr als 30 Leichname den Familien zurückgegeben. In anderen Fällen überreichten die Behörden einfach „Totenscheine“ an die Familien der Opfer oder informierten sie schlicht über die Exekution. Die meisten der Opfer wurden wegen Teilnahme am Volksaufstand

im März 1991 eingekerkert. Unter ihnen ist eine Frau, Sabriyyah Muhallal Aboud, die seit 1991 inhaftiert ist. Ihr Leichnam wurden Anfang Mai 1998 der Familie übergeben.

Diese neuerlichen Exekutionen bedeuten eine Ausdehnung der o.g. Kampagne, die in großem Ausmaß letztes Jahr begann, und die in der physischen Liquidierung von etwa 1.500 Gefangenen, die schon jahrelang in den Gefängnissen schmachteten, mündete. Hunderte weiterer unschuldiger Bürger wurden in ähnlicher Weise Anfang 1998 umgebracht.

Wie wir schön früher betonten, sind diese Opfer normalerweise Bürger, die für ihre Oppositionshaltung gegen das Regime oder nur weil sie dessen Legitimation anzweifelten, verurteilt worden. Sie wurden in Scheinverfahren verurteilt, in denen ihnen selbst die elementarsten Rechte der Selbstverteidigung verwehrt waren.

Während wir diese neuen Informationen verbreiten, die einen weiteren Beweis für das fortgesetzte Morden im Abu Ghraib-Gefängnis und anderen Gefangenengelagern liefern, rufen wir erneut die betreffenden UN-Körperschaften und Menschenrechtsorganisationen zu noch größerer Anstrengung auf, um diese Massaker zu beenden und die blutigen Herrscher von Bagdad daran zu hindern, weitere Verbrechen zu begehen.

(Quelle: Zentrum für Menschenrechte, Irakische Kommunistische Partei, BM Box Al-Tariq London WC1N 3XX - UK, Fax: 0040 (171) 388 1990

(Zusammenstellung: hav)

ESSEN. Am 23. Juli 1998 fand im Kulturzentrum „Grend“ ein „Aktiventreff“ der Allbau-Mieter/innen-Initiative statt. Knapp 40 Teilnehmer und Teilnehmerinnen diskutierten die Organisation des Endspurts für die Sammlung der Unterschriften unter das Bürgerbegehren. Veranstaltungen, Wochenmärkte, Theatervorstellungen sollen dafür genutzt werden. Am 15.8.1998, bei „Essen original“, soll noch einmal eine größere Veranstaltung in der Innenstadt durchgeführt werden.

Ferien gibt es bei der Allbau-Mieter/innen-Initiative also nicht. Und die Unterstützung für das Bürgerbegehren verbreitert sich weiter: So wirbt inzwischen auch der Superintendent des Ev. Kirchenkreises Nord in seinen Gemeinden für Unterschriften.



KZ-Gedenkstätte Buchenwald geschändet

HANNOVER. Betroffen und empört äußerte sich Bundessprecher Dr. Ulrich Schneider über die jüngste Schändung der KZ-Gedenkstätte Buchenwald.

Es zeugt von krimineller Energie und planmäßiger Vorbereitung, die Fritz-Cramer-Plastik, das Denkmal zur Erinnerung an alle Häftlinge des KZ Buchenwald, mit einem Trennschleifer zu beschädigen.

Schon vor 1989 haben Ideologen des Neonazismus propagiert, daß nur auf den Trümmern der KZ-Gedenkstätten Deutschland wieder „groß“ werden könne. Einmal mehr versuchen nun ihre Fußtruppen, dieses in die Realität umzusetzen. Gegen solche Täter ist mit aller Härte des Gesetzes vorzugehen. Politische Verantwortung für solche Vorfälle tragen auch jene, so Dr. Schneider, die durch ihre Versuche der Delegitimierung der antifaschistischen Erinnerungsarbeit in der DDR dieses Mahnmal „zur Schändung freigegeben haben“. Wer den Widerstand im Lager, den Einsatz der „roten Kapos von Buchenwald“ für die Rettung von Kindern und Jugendlichen denunziert, fördert solche Übergriffe.

Pressemitteilung VVN-BdA
Bundesgeschäftsstelle

Maulkorberlaß für rechte Schmierereien in KZ-Gedenkstätten

POTSDAM. Das Brandenburger Innenministerium hat die Polizei angewiesen, rechtsextreme Schmierereien in den Gedenkstätten der früheren Konzentrationslager nicht mehr bekanntzugeben. Eine Sprecherin des Ministeriums bestätigte am Freitag in Potsdam einen entsprechenden Erlaß zur Pressearbeit der Polizei. Nach diesen Angaben soll die Brandenburger Gedenkstättenstiftung

das Kultur- und das Innenministerium um eine entsprechende Handhabung gebeten haben. Zur Begründung führte das Innenministerium an, Meldungen über rechte Schmierereien hätten in der Vergangenheit Nachfolgetaten angeregt und begünstigt. Die KZ-Gedenkstätten Sachsenhausen und Ravensbrück bestätigten diese Darstellung indes nicht. Nach Darstellung des Innenministeriums in Potsdam sollen „Straftaten von außergewöhnlicher Bedeutung“, darunter auch „auffallend großflächige Schmierereien“, weiter öffentlich gemacht werden.

Nach Auskunft eines Sprechers des Landeskriminalamtes wurden in den ersten sechs Monaten dieses Jahres in Brandenburg insgesamt 106 rechtsextreme Straftaten gezählt, davon 39 Gewalttaten. 41 der 106 Straftaten hatten einen fremdenfeindlichen, weitere 18 einen antisemitischen Hintergrund. Im ersten Halbjahr 1997 hatte das LKA noch 223 rechtsextreme Straftaten gezählt. Der Rückgang im Vergleichszeitraum dieses Jahres ist demnach nur im Bereich sogenannter Propagandadelikte zu verzeichnen, nicht jedoch bei Gewalttaten.

Quelle: Berliner Zeitung 24.7.98

Wählerinitiative gegen Rassismus

MÜNCHEN. Zahlreiche Erstunterzeichner haben eine Initiative „Jetzt reicht es! – Wählerinitiative für Gleichberechtigung und gegen Rassismus“ gebildet. In dem Aufruf heißt es: „Wir, die UnterzeichnerInnen, gründen die „Wahlinitiative für Gleichberechtigung und gegen Rassismus“. Unserer Initiative schließen sich ausländische Staatsangehörige, Eingebürgerte und Deutsche an, um gegen Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus und Rassismus in der Politik zu demonstrieren. Unsere Stimme kann den Wahlausgang entscheiden!“

Gegen das Verschwindenlassen, gegen Folter und Mord in der Türkei!

KÖLN. Am Samstag, 25.7.98 wurde auf der Domplatte eine Solidaritäts-Kundgebung für die Samstagsmütter in Istanbul durchgeführt.

Die Aktion richtete sich gegen die politische Verfolgung in der Türkei. Mit Gefängnis, Folter und Mord bekämpft der türkische Staat „Gedankentäter“, sozialistische Bestrebungen und die Menschen, die sich für kurdische demokratische Rechte einsetzen. Die deutsche Bundesrepublik lieferte für den Krieg der Türkei gegen die kurdische Bevölkerung Waffen im Wert von mehr als sechs Milliarden DM. Ohne diese Unterstützung kann der türkische Staat seinen Krieg gar nicht führen. Die Bundesrepublik schiebt politische Flüchtlinge aus der Türkei und aus den kurdischen Gebieten der Türkei bisher regelmäßig ab. Dagegen richtete sich die von vielen Passanten aufmerksam verfolgte Kundgebung. Die Samstagsmütter-Aktion bekundete ihre Solidarität mit den Forderungen der Kampagne „Kein Mensch ist illegal“ nach einem Abschiebestopp von kurdischen Flüchtlingen in die Türkei. Jeden letzten Samstag im Monat findet die Demonstration der Samstagmütter-Aktion statt: Köln, Domplatte am Römerbogen, 12 Uhr.

gba



Mannheim. Am 16. Juli fand die zweite Mahnwache vor der Ludwigshafener Kreisverwaltung statt. Der Protest richtete sich gegen Landrat Bartholomé, der die polizeiliche Festnahme der Familie Düzenli in den Räumen der evangelischen Kirchengemeinde von Mutterstadt anordnete.

IMI-Positionen anlässlich der Bundestagswahl

TÜBINGEN. An eine Kritik der Außenpolitik der Bundesregierung wagen sich viele nicht mehr heran. Dies ist um so bedauerlicher, als daß sich im Bereich der Außenpolitik seit Beginn der Kohl-Ära grundlegende Paradigmenwechsel vollzogen haben. Im Bereich Außenpolitik und insbesondere im Bereich der militärischen Komponente der Außenpolitik sind dringend Korrekturen notwendig. Anlässlich des derzeit laufenden Bundestagswahlkampfes gibt nun die Informationsstelle Militarisierung (IMI) e.V. folgendes Positionspapier heraus. Die folgenden Forderungen qualitativer Abrüstung sind unabhängig und (wohl) auch nach der Bundestagswahl 1998 aktuell.

Jetzt notwendig: Qualitative Abrüstung

Wir meinen, daß es spätestens jetzt an der Zeit ist, qualitative Abrüstung einzuleiten. „Qualitative“ Abrüstung meint, die Abrüstung der Komponenten, die die neue „Qualität“ der Bundeswehr ausmachen. Dies sind die „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ als Grundlagendokument für die neue Strategie der Bundeswehr. Dies sind die sogenannten Krisenreaktionskräfte (KRK) der Bundeswehr, mit denen die weltweiten Einsätze durchgeführt werden sollen. Und dies sind die derzeit laufenden mindestens 215 neuen Beschaffungsprojekte in einer Höhe von mindestens 170 Milliarden DM, mit denen die Bundeswehr auch umgerüstet wird zu einer weltweiten Interventionsarmee.

Grundlage für gemeinsames politisches Vorgehen im Bereich der militärischen Komponente der deutschen Außenpolitik ist eine gemeinsame Ablehnung der neuen Bundeswehr mit deren Folgen und Implikationen ...

Abschaffung der Bundeswehr unverzichtbar?

Nichtsdestotrotz sind wir skeptisch, ob (das Ziel einer Rückumwandlung der Bundeswehr zu reiner Landesverteidigung oder einer Abschaffung der Wehrpflicht) ausreichen. Sie sind für uns als Zwischenschritte denkbar, aber als Ziel friedenspolitischer Arbeit nicht ausreichend. ... Das Hauptproblem ist die neue Bundeswehr, also die neue Ausrichtung der Bundeswehr auch in Richtung weltweite Kampfeinsätze.

Die Teile der Opposition, die die neue Bundeswehr akzeptieren, die also die Bundeswehr als Instrument sehen, mit dem die Bundesrepublik weltweit militärisch (auf welche Art auch immer) eigene Interessen umsetzen will / soll, sind nicht nur für uns keine Bündnispartner.

Ziele und Schritte

Es gibt Menschen, die sich an Personen und Gruppen orientieren, die seit den

Zeiten der Nachrüstungsdebatte von ihren friedensbewegten, antimilitaristischen oder pazifistischen Positionen abgerückt sind. Notwendig ist es deshalb, eigene friedensbewegte politische Visionen in der öffentlichen Wahrnehmung zu etablieren. Diese friedensbewegten Visionen dürfen sich nicht in (kleinen) Schritten erschöpfen, ohne solche Schritte sind sie allerdings schwerer vermittelbar.

Eine Produktion von Kriegswaffengütern impliziert auch deren Verwendung. Kriegswaffen dienen der Zerstörung. Arbeitsplätze im Bereich Kriegswaffen müssen umgewandelt werden in Arbeitsplätze, bei denen zukunftsweisende Produkte hergestellt werden, die der Bewährung der Erde dienen. Die immer wieder genannten Arbeitsplatzzahlen der Kriegswaffenindustrie sind viel zu hoch gegriffen! Staatliche Unterstützung von Konversion ist bei Kleinfirmen diskussionswürdig, bei Großkonzernen wie Daimler-Benz, Siemens o.ä. nicht zuletzt aufgrund der hohen Gewinne völlig inkzeptabel.

Politikwechsel erzwingen

Mit prozentualen Kürzungen im Militärhaushalt (egal in welcher Höhe) ist es nicht getan, da auch die dann gekürzten Gelder hauptsächlich für die Krisenreaktionskräfte und neuen Aufrüstungsprojekte ausgegeben werden und würden, also dafür, daß die Bundeswehr von ihrer Strategie, Struktur und Bewaffnung her auch offensiv- und kriegsfähig wird. Genau das gilt es wieder zu revidieren. Deshalb müssen diese obigen Forderungen umgesetzt werden, um an das Problem Bundeswehr strukturell heranzukommen.

Die militärische Komponente der bundesdeutschen Außenpolitik wird ein zentraler Knackpunkt einer zukünftigen Regierung. Wir dürfen als parlamentarische und außerparlamentarische Opposition nicht hinnehmen, daß Zusagen für einen



In zahlreichen Städten finden am 8./9. August Veranstaltungen zum Hiroshima/Nagasaki-Tag statt.

Schritte qualitativer Abrüstung

- sofortige Auflösung des Kommando Spezialkräfte („Tübinger Appell“)
- Auflösung der Krisenreaktionskräfte (KRK) innerhalb eines halben Jahres
- Verzicht auf Bundeswehreinsätze „Out-of-Area“ (außerhalb des NATO-Gebietes) und
- Verzicht auf Bundeswehreinsätze „Out of Germany“
- sofortiger Stop der derzeit laufenden neuen Aufrüstungsprojekte
- als allererstes müssen die Kriegswaffenprojekte gestoppt werden, die für die Out-of-Area-Einsätze (außerhalb des NATO-Gebietes), für die Krisenreaktionskräfte (KRK) und dort insbesondere das Kommando Spezialkräfte (KSK) von zentraler Bedeutung sind: Beispiele: Kampfhubschrauber Tiger, Transporthubschrauber NH 90 etc.
- Stop der Serienproduktion des Eurofighters 2000. Der Eurofighter 2000 ist als weitgehendes Industrieprojekt selbst in der militärischen Logik überflüssig.
- sofortiger und umfassender Exportstop von Kriegswaffen, Exportverbot der neuen Beschaffungsprojekte.
- Umwandlung von Kriegswaffen- und Militärproduktion in zivile und ökologische Fertigungen (Konversion)

Weiterbestand der umgewandelten, auch offensivfähigen, neuen Bundeswehr und die Akzeptanz der NATO als Eingangsvoraussetzungen für eine andere Regierung gelten. Die Themen neue Bundeswehr, neue NATO und die fortschreitende Militarisierung der deutschen Außenpolitik müssen auch im Wahlkampf thematisiert werden!

Wir warnen dringend davor, für eine Veränderung im Bereich der Innenpolitik (v.a. Sozialpolitik) die Kontinuität der deutschen Militärpriorisierung zu akzeptieren! Solche und andere angebliche Sachzwänge sind trügerisch. Ein Regierungswechsel allein und der Wechsel der Parteien, die die Regierung stellen, verspricht noch lange keine andere Politik. Das gilt insbesondere für den Bereich Außenpolitik und die militärische Komponente der Außenpolitik. Notwendig für eine andere Politik ist eine andere politische Grundstimmung in diesem Land!
*IMI, Burgholzweg 116/2, 72070 Tübingen, Tel. und Fax 07071/49154
Email: IMI@gaia.de; oder
http://www.umb.de/phimi/index.htm*

Keine Erstwählerdaten an Rechtsextreme

Köln. In einem Antrag für den Hauptausschuß fordert die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, daß die Stadt Köln keine Daten aus dem Melderegister an Parteien geben.

„Das Recht des Einzelnen über seine persönlichen Daten zu bestimmen, ist höher zu bewerten, als das Interesse von Parteien an einem Wahlkampfinstrument, das auch von Rechten genutzt werden kann,“ erklärte Volker Bulla, Fraktionsgeschäftsführer der Grünen im Rat. „Selbstverständlich muß Gleichbehandlung für alle gelten, das bedeutet für Grüne: keine Daten an alle Parteien.“

Selbstverständlich ist es allen Parteien möglich, mit Infoständen, Briefwurfsendungen und Anschreiben aus unspezifischen Adressbeständen Wahlwerbung zu betreiben. Es ist aber nicht einsichtig, warum die sortierten Daten der Meldeämter den Parteien zur Verfügung gestellt werden. Die Wahlen in Sachsen-Anhalt haben gezeigt, daß über die zielgruppenspezifische Wahlwerbung die DVU Wahlchancen erhielt, die sie durch persönliche Begegnung mit den Wählern nicht erhalten hätte,“ erklärte Volker Bulla weiter. „Notwendig ist ein inhaltlicher Wahlkampf, der sich auch mit den Rechtsextremen inhaltlich auseinandersetzt. Inhaltsleere Mailingaktionen sind da eher kontraproduktiv.“

In der Vergangenheit wurden wiederholt Bedenken von Datenschützern gegen die Weitergabe von Dateien an Parteien geäußert. Das Widerspruchsrecht des Einzelnen findet sich im Kleingedruckten des Rechtes. Die Stadt Köln hat in der Vergangenheit auch nur dezent darauf hingewiesen. Die Grüne Fraktion fordert daher dieses Sonderauskunftsrecht aus dem Meldegesetz des Landes und dem Melderechtsrahmengesetz des Bundes zu streichen. Zumindest eine ausdrückliche Zustimmung zur Weitergabe der Daten wäre notwendig.

Für den Fall, daß die Verwaltung trotz des grünen Antrages die Daten bereits Anfang August weitergeben will, hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Sondersitzung des Hauptausschusses beantragt.

„Da wir vor dem Sommer von der Verwaltung gefragt worden waren, ob wir auf die Weitergabe verzichten könnten, hatten wir eigentlich einen Antrag nicht für notwendig gehalten,“ erklärte Volker Bulla weiter.



„Aber nachdem die CDU es abgelehnt hatte, das Fairneßabkommen des Runden Tisches für Ausländerfreundlichkeit zu unterschreiben, scheint sie auch zu keiner Beschränkung des Wahlkampfes bereit. Auch die SPD scheint kein Interesse daran zu haben, den Datenschutz zu respektieren. Vorsichtshalber sollten die Bürgerinnen und Bürger durch ihren formlosen Widerspruch die Weitergabe ihrer Daten verhindern.“

*Presseinformation
Bündnis 90/Die Grünen im Kölner Rat*

In Frankfurt ist die neue Polizeiverordnung noch nicht durch

„Mannem vorn“

MANNHEIM. Während in Mannheim die immer noch wirksame Große Koalition aus SPD und CDU die kampagnenmäßig geschürte und dann als unausweichlichen Fakt präsentierte Angst der Bürgerinnen und Bürger zum Anlaß nahm, die Grünanlagen und Einkaufsstraßen von „aggressiven Bettlern“, Junkies, Alkohol trinkenden Menschen zu säubern, geht's bei der großen Römer-Koalition in Frankfurt weniger reibungslos vonstatten. Und dies, obwohl einerseits die Massierung von Menschen, die die Gesellschaft bereits ausgesondert hat, größer ist als in Mannheim, und obwohl andererseits allein durch die Präsenz der gesamten Bankenwelt das Interesse an Privatisierung und Säuberung der Innenstadt umso schärfer ist.

In Frankfurt also gibt es Knatsch: Der Innen-Dezernent, Südmersen-Kollege Corts (ebenfalls CDU) hatte die beiden großen Kirchen bzw. ihre karitativen Werke zum Dialog gebeten über eine neue Fassung der geplanten „Gefahrenabwehrverordnung“. Laut FR vom 20.07.98 platzierte dieser Dialog bereits vor Beginn. Caritas und Innere Mission beschwerten sich über eine Indiskretion, die das Papier schon öffentlich gemacht hatte. Und sie verlangen von der Stadtspitze, sich selbst erst mal einig zu werden. Die SPD habe das Papier „in Bausch und Bogen“ verworfen.

Die evangelische Pröpstin Helga Tröskens und die Vorstandsvorsitzende des evangelischen Regionalverbandes „appellierten in diesem Zusammenhang an ‘alle Parteien’, die Gefahrenabwehrverordnung nicht zum Thema des Bundestagswahlkampfes zu machen. Dergleichen belaste das tolerante Klima in dieser Stadt. (...)‘Eine Vertreibung von Menschen aufgrund ihrer Obdachlosigkeit oder ihrer optischen Anmutung kann von uns nicht befürwortet werden.’“

Inzwischen ist der Standard der Polizeiverordnung Mannheim und diverser anderer Kommunen in das Bundestagswahlprogramm der CDU eingegangen. Die SPD jagt auch in diesem Punkte ideo-logisch der CDU hinterher, holt stark auf und will der CDU Stimmen abjagen. Die

Wählerinnen und Wähler am rechten Rand von DVU bis Rep werden sich genüßlich bei der Wahl des Originals bestätigt finden.

tht

Dresdner Bank

80.000 DM an ehemalige KZ-Häftlinge

FRANKFURT. Die ehemaligen Häftlinge aus dem KZ Adlerwerke/ Katzbach - die heute in Polen, USA, Frankreich und Deutschland leben - haben insgesamt 80.000 DM von der Dresdner Bank erhalten. Der Verein LAGG begrüßt diese Geste seitens der Dresdner Bank. Wir betrachten die Zahlungen als politischen Erfolg unseres Vereins und aller Kräfte, die seit Jahren für die Entschädigung der Überlebenden des NS-Terrors kämpfen. 8.000 DM pro Person sind eine dringend benötigte finanzielle Unterstützung für die Überlebenden. Eine Entschädigung für jahrelanges Leid, Hunger, Krankheit, Folter und lebenslange psychische und physische Folgen ist es nicht. Im August 1944 errichteten die Nazis in den Frankfurter Adlerwerken eine Außenstelle des KZ-Natzweiler mit dem Decknamen „Katzbach“. 1600 Häftlinge aus den KZ Buchenwald, uschwitz, Natzweiler und Neuengamme wurden nach Frankfurt deportiert und mußten dort für die Adler-Rüstungsproduktion unter unmenschlichen Bedingungen Zwangsarbeit leisten. Spätestens ab 1943 bis kurz nach dem Ende des zweiten Weltkrieges besaß die Dresdner Bank das zweitgrößte Aktienpaket. Sie verfügte durch Vertretung von Aktiendepots über 48% der Aktionärstimmen und kontrollierte den Aufsichtsrat. Ab 1939 stellte die Dresdner Bank den Aufsichtsratsvorsitzenden bei den Adler-Werken, Carl Goetz. Er war von 1931 bis 1939 auch Vorstandsvorsitzender der Dresdner Bank. Die Firmen, die den Nazis zur Macht verhalfen und unmittelbar vom SS Programm „Vernichtung durch Arbeit“ und den sogenannten „Arisierungen“ profitierten, versuchen sich der Verantwortung zu entziehen, indem sie darauf warten, daß auch die letzten Überlebenden sterben.

Wir fordern die Dresdner Bank und alle anderen Firmen auf, endlich die Verantwortung für ihre Verbrechen zu übernehmen und alle Opfer finanziell zu entschädigen. Wir hoffen, daß dieser kleine Erfolg den Opfern des Nazi-Terrors hilft, ihre Forderungen gegenüber den Firmen durchzusetzen für die sie jahrelang Zwangsarbeit leisten mußten.

Initiative gegen das Vergessen

Für Rückfragen stehen wir gerne zur Verfügung. Sie können uns unter den Telefonnummern: 069/ 49 49 89 (Ulla Diekmann) oder 069/ 23 47 54 (Angela Grünzel und Henning Kühn) erreichen.

Frontalangriff auf die studentische Vertretung

Bei den Uniwahlen 1997 hatte der RCDS Stimmen gewonnen. Ob das den Ansporn brachte zu einer aktiven Wahlkampfhilfe für die CSU? Seit 24 Jahren wird in Augsburg ein etwas demokratischeres Modell der Studierendenvertretung praktiziert, doch just zum Wahlkampfauftritt reichte der RCDS Rechtsaufsichtsbeschwerde ein. Frech geht er gegen den AStA vor, dieser würde allgemeine Aufrufe formulieren und gegen das neue Hochschulgesetz eine „gezielte Kampagne der Falschinformation“ führen. Bei den gerade durchgeföhrten Uniwahlen jedoch bekam der RCDS eine ordentliche Abfuhr. Die Fachschaftsliste stellt wieder den AStA. Hier entstand der folgende Artikel.

Das Augsburger Modell

Seit 1974 gibt es in Bayern keine Verfaßte Studierendenschaft mehr. Nach dem Bayerischen Hochschulgesetz ist vorgesehen, daß von den Studierenden in Hochschulwahlen ein Konvent (mindestens 15 Mitglieder, in Augsburg sind es 17) bestimmt wird. Dieser Konvent wählt vier Sprecherräte, denen die Aufgaben der studentischen Vertretung übertragen werden. In Augsburg hat man sich darauf geeinigt, den Konvent zu einem StudentInnen-Parlament zu ergänzen. Jeweils drei gewählte studentische Vertreter der sechs Augsburger Fakultäten (Jura, Wi-So, MatNat, KTF, Phil I, Phil II) kommen demnach zu den Konventsmitgliedern hinzu. Damit haben alle Fachbereiche die Möglichkeit sich im sogenannten StuPa einzubringen, und es besteht nicht mehr die Gefahr, daß kleinere Fakultäten außen vor bleiben. Der Konvent wird somit auf eine breitere demokratische Grundlage gestellt. Auf diesem Wege können mehr studentische Belange und Ideen eingebracht und beschlossen werden. Das StuPa wählt darüber hinaus auch noch AStA-ReferentInnen. Diese ReferentInnen ergänzen die Sprecherräte zum AStA. Hierin besteht die Möglichkeit, die studentische Vertretung auf mehrere Schultern zu verteilen und damit mehr politische, kulturelle Veranstaltungen, sowie studentische Bafög-, Sozial- und Erstsemesterberatung auf die Beine zu stellen. In Augsburg wird seit 24 Jahren erfolgreich die studentische Vertretung durch freiwillige Mitarbeit im StuPa und im AStA auf eine solide Basis gestellt. Dieses Modell wird deshalb das Augsburger Modell genannt.

Die Vorteile des Augsburger Modells

Der demokratisch gewählte AStA der Universität Augsburg hat allein in diesem Jahr unzählige Veranstaltungen und Beratungen angeboten. Auf kulturellem Sektor gab es angefangen bei der Vortragsreihe zum Brecht-Jahr bis hin zum Photowettbewerb viele Betätigungs möglichkeiten.

Schließlich konnte man sich bei der Semester-Opening-Party und der Mid-Semester-Party im Wintersemester, sowie der Semester-Opening-Party im Sommersemester richtig austoben. Darüber hinaus wurden im politischen Bereich mehrere politische Stammtische zu Hochschulthemen, Informationsveranstaltungen und Diskussionen mit Spitzpolitikern angeboten. Vor allem während der Streikbewegung im letzten Dezember hat der AStA die studentischen Interessen gegenüber dem Kultusministerium, der Landes- und Bundesregierung vertreten. Auf vielen parlamentarischen und gesellschaftlichen Ebenen wird dieses Engagement unentwegt fortgesetzt. Durch jahrelanges Bemühen des Augsburger AStA wurde an der Universität Augsburg das Semesterticket eingeführt. Für die Augsburger StudentInnen wird weiterhin eine umfangreiche BAföG- und Sozialberatung angeboten. Zur Begrüßung und Unterstützung der Erstsemester wurde ein Hüttenwochenende und eine Informationsstraße organisiert. Im AStA-Büro findet man außerdem eine Jobbörse, die Wohnungsvermittlung und bekommt monatlich eine Ausgabe der Studierendenzeitung „Universum“, den internationalen StudentInnenausweis und Ratschläge in allen Studifragen. Diese Arbeit hat seit vielen Jahren Tradition in Augsburg. Ohne die freiwillige Hilfe der AStA-ReferentInnen und einer breiten Basis engagierter StudentInnen wären viele dieser Veranstaltungen und Beratungen nicht möglich gewesen.

RCDS untergräbt studentische Arbeit

Am 16.8.1994 reichte der RCDS an der Universität Erlangen-Nürnberg Rechtsaufsichtsbeschwerde bei der Unileitung ein. Die studentische Vertretung der Universität Erlangen-Nürnberg funktioniert ähnlich wie das Augsburger Modell. Mit einer restriktiven Auslegung des Bayerischen Hochschulgesetzes wäre die Hochschulleitung gezwungen, demokratische Einrichtungen wie das StudentInnenparlament und den AStA zu untersagen. In Erlangen-Nürnberg hatte das zur Folge, daß ab dem 29.3.1995 keiner studentischen Gruppe Räume, bzw. finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt wurden. Keine Veranstaltung, keine Party, keine Beratung wäre demnach noch möglich. Sogar dem RCDS selbst schadet solch ein Vorgehen.

Warum gibt es also solche Aktionen? Nicht nur in Bayern, sondern auch in anderen Bundesländern ist der RCDS in den letzten Jahren mit Beschwerden und Klagen gegen die bestehenden gewählten ASten vorgegangen. Oftmals waren sie kurz davor in Hochschulwahlen unterlegen oder die studentische Arbeit der Wahlsieger sollte behindert und unterbunden werden. Studentische Vertretung interessiert den RCDS offensichtlich nicht. Wer aber unter ASten erfolgreich Unruhe stiftet, profiliert sich bei den Parteioberen von CDU und CSU. So leben immer mal wieder RCDSler ihre Profilneurosen aus und schaden damit, angefangen vom beratungsbedürftigen Studierenden bis hin zum politisch und kulturell interessierten Studi, der gesamten StudentInnenschaft.

Auch in Augsburg soll die studentische Vertretung zerstört werden

Die Beschwerdewelle hat nun die Universität Augsburg erreicht. In Augsburg soll jegliche studentische Arbeit untergraben werden. Obwohl sich das Augsburger Modell seit Jahren bewährt hat und die geleistete Arbeit vom Rektorat vielfach gelobt wurde, gibt es auch in Augsburg eine Rechtsaufsichtsbeschwerde. Es gibt ernsthafte Bestrebungen, daß es in Zukunft keine Veranstaltungen und Studienberatungen des AStA geben wird. Der Augsburger RCDS prahlt schon in den Augsburger Kneipen, daß es in zwei Wochen keinen AStA mehr geben wird. Unter der Führung des bayerischen Landesvorsitzenden des RCDS Volker Ullrich hat sich der Augsburger Uniabreger der CSU im Wintersemester besonders durch Verweigerung und Blockade hervorgetan. An konstruktiver studentischer Arbeit zeigten sie dagegen wenig Interesse. Möglicherweise hat eine antidemokratische Gesinnung oder ein Profilierungswahn zu dem Angriff auf ein seit vielen Jahren funktionierendes System geführt, er schadet allerdings allen Augsburger Studierenden. Auch ein Rachefeldzug gegen die Streikbewegung des Dezembers 1997 ausgehend von der regierenden CSU ist nicht auszuschließen. Es stimmt nachdenklich, daß der Wissenschaftsminister von Baden-Württemberg von Trotha (CDU) alle seine Unirektoren anweisen ließ, ihm Informationen über das Streik- und Solidaritätsverhalten der ProfessorInnen und DozentInnen zukommen zu lassen.

In Bayern könnte ähnlich reaktionär verfahren werden. In Erlangen-Nürnberg konnte man jedenfalls vor drei Jahren das Schlimmste verhindern. Dazu war eine gemeinsame Anstrengung aller demokratischen Hochschulgruppierungen nötig, mit dem Rückhalt der gesamten Studierendenschaft und der Bevölkerung. Auch wir Augsburger StudentInnen müssen uns nun gegen die Einschränkung unserer Rechte zur Wehr setzen. *M. Fleischmann/Hopo-Referat, entnommen aus der AStA-Seite im Internet: <http://uni-augsburg.de>*

Protest gegen den „Tag der Heimat“ in Berlin

Am 6. September will der Bund der Vertriebenen in Berlin – wie in anderen Städten – wieder seinen „Tag der Heimat“ begreifen. Eine Aktionseinheit von mehreren Antifa-Gruppen, Leuten aus PDS, Grünen, VVN u.a. will dieses Jahr den Protest gegen das revanchistische Treffen organisieren und plant ab Mitte August mehrere Veranstaltungen, eine Zeitung, Plakate und eine Protestkundgebung am „Tag der Heimat“ unter der Losung „Nie wieder Heimat“ in der Nähe der Sömmerringhalle. Die Gruppen der Berliner „Friedenskoordination“ sammeln zudem für eine öffentliche Protesterklärung gegen das Treffen, für die möglichst viele Unterzeichner/innen gewonnen werden sollen. Hier die Erklärung:

Wir protestieren gegen das Treffen der Vertriebenenverbände am 6. September 1998 in der Sömmerringhalle in Berlin-Charlottenburg und fordern den Senat und das Abgeordnetenhaus von Berlin auf, diese Veranstaltung weder durch die Vergabe öffentlicher Räume noch durch Finanzen zu unterstützen.

Die Vertriebenenverbände fordern seit ihrem Bestehen Rückkehrrecht und Entschädigung, ohne zu erwähnen, daß die Vertreibung der Deutschen nur die Folge und das Ergebnis der Verbrechen des deutschen Faschismus, des Zweiten Weltkriegs mit Völkermord und Okkupation ist, und diese Forderungen geltendem Völkerrecht zuwider laufen.

In den letzten Wochen standen die Forderungen der Vertriebenenverbände erneut zur Debatte. Wir finden, daß die Forderungen nach Sonderrechten der sogenannten Vertriebenen den Start in ein gemeinsames Europa schwer belasten, weil sie das in den vergangenen Jahren nur allmählich gewachsene Vertrauen unserer Nachbarn uns gegenüber damit in verantwortungsloser Weise aufs Spiel setzen.

Wenn es in diesem Land um Entschädigung geht, dann muß es sich um die Ansprüche der wenigen noch lebenden Opfer des deutschen Faschismus im In- und Ausland handeln, die immer noch weitgehend unberücksichtigt geblieben sind. Wer sich heute als Opfer darstellt und – weil die Generation der Täter allmählich stirbt – nun als Erbe Forderungen gegen die Länder stellt, die tatsächlich Opfer deutscher Gewalttäter wurden, der will die Folgen der Niederschlagung des Faschismus den Opfern von einst erneut auferlegen.

(aus: antifa, Zeitung des Interessenverbands ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Nazi-Regimes und Hinterbliebener e.V. (IVVdN), Juli 1998)



Nazi-Geschmier und -Organisation

Königs Wusterhausen – Welcome to Terrortown?

Seit die sowjetische (russische) Armee Anfang der 90er Jahre verabschiedet wurde, scheint es ruhig um ihre Kasernen, Übungsplätze und Versorgungsgebäude in der ehemaligen DDR geworden zu sein. Ist es aber nicht.

So scheinen zum Beispiel Jugendliche aus der Königs Wusterhäusern Umgebung das „Russengebiet“ in Zeesen für sich erobert zu haben. Vor wenigen Jahren waren das Jugendliche der linken Szene, welche diesen Treffpunkt jedoch nicht lange behielten. Neuerdings scheint sich nämlich die rechte Szene dort sehr wohl zu fühlen. Dies ist unter anderem erkennbar an einer ca. 20 Meter langen Betonwand: Sie ist über und über bedeckt mit dummen, rassistischen und faschistischen Schmierereien. (siehe Fotos)

Das fängt bei „Ausländer raus“, „Linke, Neger ist das System. Morgen wird es

untergehn“ an – was noch relativ harmlos gegenüber den anderen Sprüchen und Zeichen erscheint. Diverse Hakenkreuze (mind. 3, zum Teil mit beachtlicher Größe) leuchten dem Betrachter entgegen – genauso wie SS-Runen, „NSDAP“ und noch andere (neo-)nazistische Symbole. Links raus“, „Sieg Heil“ und Zeichen des Ku-Klux-Klans (KKK) sind außerdem gut erkennbar. Der Ku Klux Klan war Anfang der 90er Jahre in Königs Wusterhausen sehr aktiv: Vom Berliner Deutschlandbeauftragten des KKK, Carsten S., wurde hier eine deutsche Gruppe des KKK aufgebaut, eine vor Rassismus strotzende Zeitschrift namens „Feuerkreuz“ herausgegeben (Zitat: „Schwarze und Juden sind Nigger, Pestbazillen und Bastarde“) und zusammen mit Dennis Mathon, einem führenden Mitglied des KKK in den USA, eine von RTL gefilmte Kreuzverbrennung durchgeführt. Die-



se relativ kurze KKK-Phase fand nach dem Mordversuch am Nigerianer Steve E. im Mai 1992 ihr Ende – Carsten S. wurde nämlich als Mittäter verhaftet und konnte seine Tätigkeit so nicht mehr weiterführen.

Zurück zu den Schmierereien. Die makabre unter ihnen ist jene: Ein Davidstern mit der Inschrift „Jude“ (=Judenstern), rundherum Stacheldraht. Ein Pfeil deutet darauf und die dazugehörigen Worte „KZ = yea“ lassen den Betrachter erschauern. Dieses offen antisemitische Geschmier – und auch die anderen (alt-)nazistischen Symbole – lösen Ekel aus, Entsetzen, Unverständnis und Wut. Die jungen Menschen, die das gesprüht haben, haben anscheinend nichts gelernt aus der Vergangenheit. Sie glauben offenbar, daß der Nationalsozialismus all ihre Probleme lösen kann.

Es ist erschütternd zu sehen, wie ignorant und dumm diese Jugendlichen sind. Und es sind nicht wenige Jugendliche, die so und ähnlich denken – 25% der Jugendlichen in Sachsen-Anhalt haben DVU gewählt!

Königs Wusterhausen ist schon seit der Wende eine Hochburg des Rechtsextremismus. Zitat aus den „Interkulturellen Beiträgen“ 27: „Wenn es um menschenverachtende Brutalität gut organisierter Jugendlicher aus der rechtsextremen Szene ging, konnte es die kleine Stadt am Südrand Berlins mit jeder brandenburgischen Kommune aufnehmen – sogar mit Schwedt.“ Das war die Situation 1994 – seither scheint es etwas ruhiger geworden zu sein. Die Rechten wußten um ihre Überlegenheit und organisierten sich noch stärker – zuerst in der Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei (FAP), der Sozialrevolutionären Arbeiterfront (SrA), der Jugendsparte Jung-Nationale Spektrum (JNS), der Wiking Jugend (WJ) und dem Ku Klux Klan (KKK). Jetzt sind die Königs Wusterhäuser Rechten eher in der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und ihrer Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN), welche diverse Verbindungen zu rechten Schlägertrupps und sogenannten Kameradschaften (z.B. die relativ bekannte, letztes Jahr aufgelöste Kameradschaft Wildau) unterhält.

Es bestand und besteht in Königs Wusterhausen ein Bedrohungsfeld für Menschen, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren. Wenn Antifaschistischen verprügelt werden oder einer Messerstecherei zum Opfer fallen, kümmert sich kein Mensch außer ihnen selbst in Königs Wusterhausen darum. Oft gesagt: „Sie sind halt selbst schuld, wenn sie was gegen die Neonazis machen ...“ Die ständigen Einschüchterungen, Pöbeleien und Prügelszenarien sind hier zur Normalität geworden.

Dieses Essay soll den Rechten klar machen, daß es hier noch Menschen gibt, die etwas gegen die Neonazis tun – Leute, die sich nicht einschüchtern lassen.

(Antifa Königs Wusterhausen)

VERTREIBUNG: *Pinneberg.* Zur Vertreibung der Obdachlosen aus der Innenstadt hat die SPD-Fraktion jetzt, nachdem aus ihrer Sicht die Gespräche mit den Besuchern scheiterten, jetzt verstärkte ordnungspolitische Maßnahmen angekündigt. Mit Leinenzwang für Hunde über Alkohol-, Bettel- und Verunreinigungsverbot bis hin zu verstärkten Polizeikontrollen will man dem Arme-Leute-Milieu zu Leibe rücken. Hier hat die SPD nichts anderes zu bieten als die CDU, sie begründet es nur anders: „Wir haben nichts gegen diese Menschen, sie sind Teil unserer Gesellschaft“, so Sozialausschußvorsitzender Gerd Blum. Ein Teil, den man dann verfolgt? Warum lehnt die SPD den Vorschlag des Freiwilligen Forums Pinneberg ab, für die Besucher des „Cafe Linde“ einen Unterstand im nahegelegenen Drostepark zu errichten?

BETTELN NICHT VERBOTEN: *Mannheim.* Das Betteln auf Straßen und Plätzen darf nicht generell verboten werden, hat der Baden-Württembergische Verwaltungsgerichtshof entschieden. Damit erklärte er das grundsätzliche Bettelverbot in Stuttgart für nichtig. Der klagende 57-jährige Sozialhilfeempfänger war „wegen wiederholten Bettelns“ auf der Stuttgarter Königsstraße zu einem Bußgeld von 100.- DM verurteilt worden. Nachdem bereits das Stuttgarter Amtsgericht den Kläger freigesprochen hatte, weil die Polizeiverordnung gegen das Betteln nicht vom Polizeigesetz gedeckt sei, legte die Stadt gemeinsam mit der Generalstaatsanwaltschaft Rechtsbeschwerde ein. Der Anwalt des Klägers hatte der Stadt vorgeworfen, gegen das Grundrecht auf freie Entfaltung der Persönlichkeit zu verstößen. Es stellte sich die Frage, ob mit dem harten Vorgehen gegen Obdachlose mit dem Ziel, sie aus dem öffentlichen Bild zu entfernen nicht Armut und Not überhaupt tabuisiert werden sollten. Auch die Prozeßkostenhilfe, die ihm die Stadt verweigert hatte, wurde dem Kläger vom Verwaltungsgerichtshof zugesprochen.

MIETOBERGRENZEN: *Hamburg.* Der Arbeitskreis Wohnraumversorgung und Mieter helfen Miethern protestieren gegen die Neufestsetzung der Quadratmeter- und Mieterobergrenzen für Sozialhilfeempfänger, die am 1. September in Kraft treten sollen. Unter dem gerade bei preiswertem Wohnraum unrealistischen Vorwand eines angeblich „entspannten Wohnungsmarktes“ sollen Sozialhilfeempfänger gezwungen werden, in kleinere und billigere Wohnungen umzuziehen oder unterzuvermieten. Dies zielt besonders auf Ein-Personen-Haushalte, deren Mietkosten erklärtermaßen gesenkt werden sollen. Wer mehr als die gesenkte Richt-Quadratmeterzahl be-

wohnt, soll binnen drei Monaten umziehen oder unvermieten. Ein Umzug soll „kostenneutral“ erfolgen, was bei den gesetzlichen Kündigungsfristen und kaum einzuhalten ist. Gedroht wird mit Einstellung der Wohnkostenübernahme und damit mit Wohnungsverlust und Obdachlosigkeit.

GEGEN BILLIGENTSORGUNG: *München.* Auf Initiative von Oberbürgermeister Ude fand am 14. 7. Im Münchner Rathaus ein Treffen öffentlich rechtlicher Entsorgungsträger aus bayerischen Städten und Landkreisen statt. Alle Teilnehmer waren sich in ihrer Kritik der Deregulierungstendenzen im Abfallrecht und der neuen gesetzlichen Abfalldefinitionen einig. Beides habe dazu geführt, daß immer mehr Abfälle, deklariert als „Wertstoffe“, zu Entsorgungsanlagen mit völlig unzureichenden Umweltstandards gelangen. Dazu zählen Billigdeponien im In- und Ausland sowie Zementwerke. Besondere Sorgen bereiten den kommunalen Anlagenbetreibern die immer geringere Auslastung ihrer umwelttechnisch vorbildlichen Müllverbrennungsanlagen und deshalb schwindende Stabilität bei den Müllgebühren.

PRIVATISIERUNG DER ENTSORGUNG: *Bremen.* Der Abfallbereich der Bremer Entsorgungsbetriebe ist an eine Bietergemeinschaft verkauft worden, an der zu je 37,5 % die Bremer Stadtwerke und die Bremer Firma Karl Nehlsen beteiligt sind. 20 % hält die RWE-Tochter R+T Umwelt Essen. Die restlichen 5 % hält ein Zusammenschluß mittelständischer Unternehmen. Die neue Holding Bremer Entsorgung hat sich vertraglich auf eine preisbereinigte Festschreibung des heutigen Gebührenniveaus für die nächsten 20 Jahre verpflichtet. Der größte Teil der in den kommenden fünf Jahren geplanten Investitionen von 150 Mio. DM soll in die Modernisierung der bestehenden Müllverbrennungsanlage fließen.

KOMMUNALE WIRTSCHAFT: *Bonn.* Der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Heribert Thallmair (CSU) hat gefordert, da die Kommunalwirtschaft eine tragende Säule der kommunalen Selbstverwaltung sei, müsse den kommunalen Unternehmen auch das Vordringen in Geschäftsfelder erlaubt werden, die bislang ausschließlich privaten Unternehmen vorbehalten seien. Es sei unakzeptabel, wenn sie ausschließlich die verlustträchtigen Dienstleistungen erledigen sollten, während die Gewinne aus lukrativen Bereichen den Privaten zuflössen. Der zunehmende Trend zur „Privatisierung der Gewinne und Sozialisierung der Verluste“ müsse beendet werden.

Zusammenstellung: ulj

Ausschluß betriebsbedingter Kündigungen an Hochschulen

Nach fast einjähriger Verhandlung gibt es auch für die Beschäftigten der 8 Berliner Kuratorial-Hochschulen (das sind die Hochschulen, die eigene Personalhoheit haben) eine Vereinbarung, die bis zum 31.12.2000 einen gewissen Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen sichert. Wir dokumentieren nachfolgend die Erklärung der drei an den Verhandlungen beteiligten Gewerkschaften. Problematisch bleibt zum einen die Verbindlichkeit dieser Erklärung, da die in der Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten (LKR) zusammengeschlossenen Hochschulleitungen bis zum Schluß erklärten, daß es keine Vereinbarung zwischen ihnen und den Gewerkschaften sei. Zum anderen wird die katastrophale Finanzsituation der Hochschulen vermutlich erst nach dem 31.12.2000 mit voller Kraft wirksam werden, so daß Beschäftigte und Gewerkschaften erneut um den Schutz kämpfen werden müssen. (har)

100 Mrd. Mark durch unversicherte Beschäftigung verloren

In der Ära Kohl hat sich die unversicherte Beschäftigung nach Darstellung des DGB ölfleckartig ausgebreitet. Mehr als ein Zehntel des Bruttoinlandprodukts wird inzwischen in illegaler Beschäftigung hergesetzt. 5,6 Millionen Personen sind geringfügig beschäftigt, 2,5 Millionen in abhängiger Selbständigkeit nur für einen Auftraggeber tätig. Das Volumen der unversicherten Arbeit entspricht rund fünf Millionen Vollzeitarbeitsverhältnissen. Den Sozialversicherungsträgern werden durch diese Arbeitsformen jährlich über 100 Milliarden DM an Beiträgen entzogen. Immer mehr renommierte Firmen nutzen die Kostenvorteile illegaler Beschäftigung, indem sie Arbeiten an unseriöse Subunternehmer delegieren. Der DGB verlangt eine sozialpolitische Umkehr: Alle abhängig Beschäftigten müssen wieder in den Schutz der Sozialversicherung einbezogen werden. Im Rahmen der DGB-Kampagne „Deine Stimme für Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ soll in den kommenden Monaten diese Themen stärker in den Vordergrund gestellt werden. (DGB-PE. Nr. 104, har)

Warnstreik bei der Geld-und Werttransport-Union (GWU)

Die gesamte Frühschicht der GWU in Berlin-Treptow folgte am 15. Juli einem Warnstreikauf Ruf der ÖTV Berlin. Kein Transportfahrzeug der GWU, die u.a. Geld- und Werttransporte für die Deutsche Bank, die Dresdner Bank, die Postbank und Lebensmittelketten durchführt, verließ am frühen Morgen den Betriebshof. Hintergrund dieses Warnstreiks ist die seit über einem Jahr andauernde Weigerung der Geschäftslei-

Dokumentiert

Erklärung der Gewerkschaften vom 12.6.98

Die gemeinsame AG Verhandlungen der Gewerkschaften ÖTV, GEW und DAG in Berlin nimmt das Papier 'Eckpunkte zur Beschäftigungssicherung in Berliner Hochschulen' vom 19. Mai 1998 zur Kenntnis. Sie stellt fest, daß ihre Forderungen nur zum Teil berücksichtigt wurden, hält aber weitere Gespräche mit der Landeskonferenz der Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen (LKR) nicht mehr für zweckmäßig. Sie ist deshalb mit einer Veröffentlichung in der Fassung vom 19. Mai 1998 einverstanden. Dazu gibt sie folgende Erklärung ab:

Die gemeinsame AG Verhandlungen der Gewerkschaften ÖTV, GEW und DAG begrüßt, daß die Rektoren und Präsidenten der Berliner Hochschulen nach Verhandlungen über 'Eckpunkte zur Beschäftigungssicherung in Berliner Hochschulen' gegenüber den Gewerkschaften nun erklärt haben:

- betriebsbedingte Kündigungen sind bis 31.12.2000 ausgeschlossen,
- bei Trägerwechsel/Ausgründung und Privatisierung wird Schutz der Beschäftigten angestrebt,
- beim Wechsel des Arbeitsplatzes werden erworbene Rechte der Beschäftigten erhalten.

Ohne den Einsatz der Beschäftigten und ihrer Gewerkschaften wäre eine solche Erklärung der LKR nicht zustandegekommen. Die Gewerkschaften bedauern allerdings, daß für die Beschäftigten der Hochschulen damit keine Vereinbarung zustandegekommen ist, die der Vereinbarung für die Beschäftigten im unmittelbaren Berliner Landesdienst gleichwertig ist.

Die beteiligten Gewerkschaften werden Prozeß der Umstrukturierung der Hochschulen konstruktiv begleiten und dabei in enger Zusammenarbeit mit den Personalräten darauf achten, daß die Interessen der Beschäftigten gewahrt werden.

tung der GWU, mit der ÖTV Berlin einen Tarifvertrag über die Arbeits- und Einkommensbedingungen zu schließen. Die GWU ist mit über 250 Beschäftigten der größte Werttransportbetrieb. Die Beschäftigten werden - wie im Bereich des Bewachungs- und Sicherheitsgewerbes oftmals üblich - ohne tarifliche Absicherung mit durchschnittlichen Löhnen von DM 12,70 abgespeist und müssen zu ihrer Existenzsicherung daher Arbeitszeiten von 220 Stunden pro Monat ableisten. (Presseerkl. d. ÖTV Berlin v. 15.7.98, har)

Kündigung des Tarifvertrags für studentische Beschäftigte droht

Wissenschaftssenator Radunski bereitet die Kündigung des Tarifvertrages für studentische Beschäftigte (TVStud) vor. Seit langem ist dieser Tarifvertrag, der in der Bundesrepublik einzigartig ist, den Herrschenden ein Dorn im Auge. Er verhindert, daß die Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten, insbesondere von Tutores (das sind Studierende, die in kleinen Gruppen die Lehrveranstaltungen vertiefen usw.), nach Gutdünken des jeweiligen Hochschullehrers geregelt werden. Der TVStud. regelt Mindestumfang und Bezahlung der studentischen Beschäftigten, er lehnt sich in vielen Punkten an den BAT an. Zusammen mit dem BerlHG verhindert der TVStud., daß Diplomierte als sog. wissenschaftliche Hilfskräfte eingestellt werden, was im übrigen Bundesgebiet gang und gäbe ist.

Wieder einmal soll dieser Tarifvertrag gekündigt werden. Mehrmals haben in der Vergangenheit die studentischen Beschäftigten dies verhindert. Jetzt greift der Senator zu einem Trick. Er übt Druck auf die Hochschulleitungen, die Mitglied im Arbeitgeberverband sind, aus, indem er die Kündigung im Zusammenhang mit

der Neuverhandlung der Rahmenverträge als "Zielvereinbarung" festschreiben will. Derzeit soll ein Brief in den Hochschulen kursieren, der die Haltung der jeweiligen Leitungen abfragt.

Die Gewerkschaften ÖTV und GEW, die Tarifvertragspartner sind, haben mit der Tarifvertragsinitiative, die bereits im letzten Jahr die Kündigung erfolgreich bekämpfte, bereits Schritte beraten, wie eine Kündigung zu verhindern ist. Bei einer Kündigung endet die Friedenspflicht mitten im Wintersemester. (har)

"15000 Einstellungen – ein Projekt für alle"

Vor mehr als einem Jahr haben die französischen Energiegewerkschaften FCG-CFDT, CFE-CGC und CFTC mit den Unternehmen Electricité de France (EdF) und Gaz de France (GdF) eine Rahmenvereinbarung mit diesem Titel abgeschlossen. Es wird den Beschäftigten eine freiwillige, auf drei Jahre befristete verkürzte Arbeitszeit von 38 auf 32 Stunden ermöglicht. Bis zum März 1998 haben die bereits 12931 Beschäftigte genutzt. EdF und GdF haben im Gegenzug 2804 Menschen neu eingestellt, davon 2345 für 32 Stunden. Im Mittelpunkt der französischen Diskussion um die Arbeitslosigkeit steht das Gesetz Aubry. Mit ihm soll bis zum 1. Januar 2000 die Arbeitszeit generell auf 35 Stunden verringert werden. Weniger bekannt in Deutschland ist, daß dem Gesetz bereits zahlreiche betriebliche Vereinbarungen zur Verkürzung der Arbeitszeit vorausgegangen sind – so auch die Vereinbarung der FdF/GdF. Ausgangspunkt war die Ankündigung der Unternehmen Ende 1996, die Zahl der Beschäftigten in den nächsten drei Jahren um jährlich 1,5 Prozent zu reduzieren und in dieser Zeit nur

noch 5000 bis 7000 Neueinstellungen vorzunehmen. Das sollte mit der Vereinbarung korrigiert werden, so daß ein Minimum von 11000 Einstellungen in dieser Zeit erfolgt und möglichst 15000 erreicht werden.

Interessant für die deutsche Diskussion um die Arbeitszeitverkürzung sind die Bedingungen, zu denen die Arbeit bei EdF/GdF reduziert werden kann. Für alle Beschäftigten, die sich - befristet auf drei Jahre - für eine Teilzeit von 32 Stunden (statt zur Zeit 38) entscheiden und entsprechende Lohneinbußen haben, wird eine finanzielle Unterstützung vereinbart, die „aide a la reduction du temps du travail“, ARTT. Sie bemüht sich nach dem Lohn für drei wöchentliche Arbeitsstunden entsprechend der Eingruppie rung des jeweiligen Kollegen. Er wird für 35 Stunden Arbeit bezahlt und hat für sechs Stunden weniger Arbeit nur noch eine Netto-Einbuße, die dem Lohn von drei Wochenstunden entspricht. Für Kollegen der niedrigsten Lohngruppen wird abweichend hiervon eine Mindestvergütung zugrunde gelegt. Die Beiträge zur Rentenversicherung werden trotz befristeter Arbeitszeitverkürzung in voller Höhe weitergezahlt.

Die nationale Vereinbarung ist eine Rahmenvereinbarung, die von den regionalen Einheiten von EdF und GdF je nach den örtlichen Bedingungen modifiziert werden kann. (...) Generell sieht die Vereinbarung die Möglichkeit einer täglichen oder wöchentlichen Arbeitszeitflexibilisierung vor. Die tägliche Arbeitszeit darf zehn Stunden nicht überschreiten. Gruppen von Arbeitnehmern sollen je nach Bedarf gemeinsam zwischen sechs und zwanzig Uhr täglich arbeiten können, samstags inklusive. Es muß eine Zuschlagsregelung abgeschlossen werden, die allerdings alternativ für Arbeit jenseits des Acht-Stundentags oder für Samstagsarbeit oder Nachschicht vereinbart wird. Auch saisonale Arbeitszeitkonten sind möglich. Mit diesen Zugeständnissen setzten die Gewerkschaften im Gegenzug durch, daß die Überstunden um mindestens ein Drittel verringert werden. Ferner vereinbarten sie Regelungen über vorgezogenen Teilruhestand bei vollem Lohn. Neueinstellungen von Auszubildenden können befristet auf drei Jahre mit reduzierter Arbeitszeit erfolgen, wobei 32 Stunden nicht unterschritten werden dürfen. Sie erhalten dann ebenfalls die Unterstützungsgelder der ARTT. Nach drei Jahren müssen sie auf Wunsch in Vollzeitarbeitsplätze übernommen werden. Die Vereinbarung wird von einer Arbeitsgemeinschaft aus den beteiligten Gewerkschaften und den Vorständen der Unternehmen überwacht. (...) 1998 soll das Jahr der Neueinstellung von Jugendlichen werden. Das Ziel der Gewerkschaften: Am Ende müssen 20000 Jugendliche einen neuen Arbeitsplatz bei EdF oder GdF gefunden haben.

•
(Aus 3plus, der ötv-Zeitschrift für den Bereich Ver- und Entsorgung - CL-Netz)

Tarifkampf Kinobranche

Nach Warnstreiks Abschluß

Am 31. Juli haben die IG Medien und der Hauptverband deutscher Filmtheater einen neuen Tarifvertrag für die Beschäftigten bei den Kinos abgeschlossen. Vorausgegangen waren heftige Auseinandersetzungen und zum Schluß auch mehrere Warnstreiks der Beschäftigten.

Die im „Hauptverband Deutscher Filmtheater“ (HDF) organisierten Kinoketten hatten das am 9. Juli vereinbarte Schlichtungsergebnis im Tarifkonflikt für die rund 20.000 Kinobeschäftigten im Bundesgebiet abgelehnt. Die IG Medien hatte ursprünglich eine Erhöhung aller Stundenlöhne um 1 DM gefordert, außerdem die Einführung einer 13. Monatsvergütung (anstelle der bisher geltenden, geringeren jährlichen „Sonderzahlung“), die Höherstufung der Beschäftigten in Großkinos innerhalb des geltenden Tarifvertrags, die Möglichkeit der Umwandlung von Geldzuschlägen in Freizeit und die Erweiterung des Gel tungsbereichs des Tarifvertrags. Der unabhängige Vermittler zwischen der IG Medien und dem HDF, Prof. Dr. Hanau, hatte eine Lohn- und Gehaltsanhebung um 2,9 Prozent vorgeschlagen - angesichts von Stundenlöhnen in der Branche von durchschnittlich 14 DM nicht viel. Trotzdem lehnten die HDF-Vertreter, deren Branche innerhalb von 2 Jahren 24% Umsatzsteigerung hatte und die ohnehin viele Arbeit durch junge Aushilfen mit ungeschützten Teilzeitjobs machen läßt, nachträglich dann den Schlichtungsvorschlag ab. Die IG Medien organisierte daraufhin bundesweit Warnstreiks der Beschäftigten, um den Kinoverband doch noch zur Annahme des Schlichtungsergebnisses zu zwingen. In Berlin, Köln, Bonn, Nürnberg, Aachen und anderen Städten gab es bereits in den ersten Tagen nach Bekanntwerden der Ablehnung der Schlichtung Warnstreiks und andere Protestaktionen. In Berlin rief die IG Medien am 28. Juli zu erneuten Warnstreiks auf. Im Gloria-Palast, Zoo-Palast und anderen großen Kinos legten daraufhin Beschäftigte erneut die Arbeit nieder und protestierten vor den Eingängen des Kinos.

Der Abschluß

Am 31. Juli gaben dann IG Medien und der HDF den Abschluß eines Tarifvertrags bekannt. Dieser umfaßt:
a) Löhne und Gehälter sowie die Zulagen werden rückwirkend zum 1. Juli um 2,0 Prozent für Filmvorführer und 3,0 Prozent für alle übrigen Berufsgruppen wie Kasse, Einlaß, Theke und Platzanweisung angehoben.
b) Ab dem 1. April 1999 werden die Löhne und Gehälter erneut um 2,1 Prozent angehoben, Laufzeit des Tarifvertrags ist nun bis zum 30. Juni 2000.

c) Die jährliche Sonderleistung wird 1998 von 500 auf 650 DM und 1999 auf 750 DM angehoben. Der Schlichterspruch hatte nur eine Anhebung der Sonderleistung auf 600 DM vorgesehen.

d) Maßregelungen für Teilnehmer/innen an den Warnstreiks und Protestaktionen sind verboten.

e) Zur Überarbeitung der Tarifstruktur wird eine gemeinsame Kommission eingerichtet.

Der Abschluß liegt also bei den Lohnprozenten zum Teil unter und zum Teil über dem Schlichterspruch, ist dafür aber mit einer zweijährigen Laufzeit und einer 1999 nur geringen Lohnanhebung verbunden. Dafür liegt die Anhebung der jährlichen Sonderleistung über dem Schlichterspruch. „Ohne das massive Engagement und die Bereitschaft zu Warnstreiks wäre das vorliegende Ergebnis bei weitem nicht erreicht worden“, so die IG Medien in einer abschließenden Bewertung. (rül)

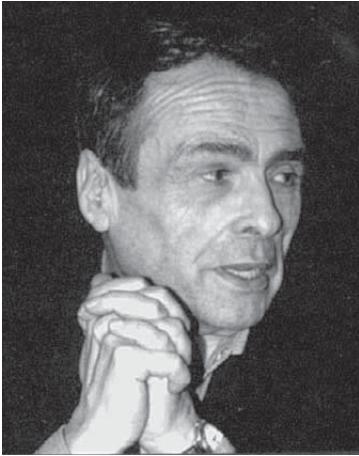
Schauspieler unterstützen die Kinobeschäftigten

Am 30. Juli veröffentlichte die Berliner IG Medien zusätzlich eine Unterstützungserklärung von Schauspielern aus Berlin und Leipzig:

„Schauspieler und Filmschaffende erklären ihre Solidarität mit den Kino-Beschäftigten. Kino-Beschäftigte verbinden uns mit dem Zuschauern. Sie arbeiten vor allem spätabends und am Wochenende, um unsere Bilder den Menschen zu vermitteln. Dafür danken wir ihnen. Wir sind empört über das Verhalten der Kino-Unternehmer in der laufenden Tarifrunde. Obwohl die Einkommen dieser Beschäftigten zu den niedrigsten in Deutschland gehören (DM 1856.-brutto (!) für Kassenkräfte, Verkäufer und Einlasser und maximal DM 3.019.- für Filmvorführer/-innen mit jahrelanger Berufserfahrung bei einer 40-Stunden-Woche), verweigern die Arbeitgeber angemessene Gehaltserhöhungen. Gleichzeitig steigen die Kino-Umsätze im zweistelligen Prozentbereich. Kino-Beschäftigte haben Anspruch auf ein Gehalt, das ihre Existenz sichert. Es ist ein starkes Stück, daß die Unternehmer einen von ihnen selbst akzeptierten Schlichtungsspruch über eine Gehaltserhöhung von 2,9 Prozent nachträglich ablehnen. Wir Schauspieler und Filmschaffende fordern die Kino-Unternehmen auf: Stehen Sie zu Ihrem eigenen Wort und gewähren sie den vereinbarten Lohn!“

Unterzeichnet war diese Erklärung u.a. von den Schauspielern Albert Hetterle, Fred Delmare, Dieter Wien, Ursula Werner, Reinhardt Lakomy und Monika Erhard.

Quelle: Pressemitteilungen der IG Medien Stuttgart und Berlin, 28. bis 31.7.



Pierre Bourdieu und die Linke in Frankreich

Kampf um die Köpfe

Von Bernhard Schmid und Gunnar Ulrich

Wie kommt Pierre Bourdieu, Jahrgang 1930, Ethnologe und Professor für Soziologie am renommierten Collège de France, ausgestattet mit einem wissenschaftlichen Renomee, wie kommt dieser einflußreichste französische Intellektuelle in den französischen Medien plötzlich zu Titeln wie unser letzter großer Komiker, ein alter aufgekochter Stalinist, der Guru der neuen Ultra-Linken oder gar der, der die Revolution vorbereitet? Indem Bourdieu, der nach eigener Aussage Anti-Kommunist war, als alle Intellektuellen Kommunisten waren, seit einigen Jahren durch immer häufigere politische Interventionen auffällt. Diese korrespondieren mit Bourdieus These vom Intellektuellen als beherrschende(m) Herrschenden, an den er die Forderung richtet, in eine politische Aktion ... seine spezifische Kompetenz und Autorität einzubringen, die er innerhalb des intellektuellen Feldes erworben hat. Spätestens seit den massiven Streiks im Dezember 1995 versucht er sich selbst dran zu halten.

Damals forderte er die sozialen Bewegungen auf, die wirtschaftlichen Notwendigkeiten zur Kenntnis zu nehmen, sie zu bekämpfen und gegebenenfalls zu neutralisieren, da die Alternative Liberalismus oder Barbarei gar keine sei, um als Krönung gar noch staatliche Gleichheits- und Solidaritätsgarantien zu verlangen. Schon wenige Monate nach den Wahlen im Juni 1997 konstatierte er: Leider ist die Sozialistische Partei nicht tot! (...) Es ist dramatisch. Sie sagen nichts, sie formulieren nichts, sie schlagen nichts vor. Wenn die Sozialistische Partei gestorben wäre, hätte man was Neues schaffen können.

Die Hoffnung darauf hat er trotzdem noch nicht ganz aufgegeben. In den Medien ist er mittlerweile zur emblematischen Leit- und Integrationsfigur einer außerparlamentarischen gauche de gauche (linken Linken) hochgeschrieben worden, hinter der sich ein als mouvement social (die soziale Bewegung) bezeichnetes heterogenes Ensemble von mouvements sociaux (diverse sozialen Bewegungen) und Intellektuellen verbirgt, das links der regierenden rosa-rot-grünen Koalition gegen diese für eine emanzipative Politik kämpft. Bourdieu ist jedoch nicht der große Einzelkämpfer, als der er in den Medien erscheint, sondern der bekannteste Kopf eines aus dem Dezember '95 hervorgegangenen, den sozialen Bewegungen verpflichtetes Intellektuellenkollektivs namens Raisons d'Agir (Gründe zu Handeln). So beklagt Bourdieu selbst sich in der Einleitung zu seinem neuesten Sammelbändchen (*Contre-Feux*) über den Hang der Journalisten, die für Gastbeiträge in Tageszeitungen oder Wochenmagazinen sind, eine Form spontaner Zensur auszuüben: Immer auf der Suche nach dem symbolischen Kapital, das mit bestimmten Eigennamen verbunden ist, haben sie eine geringe Vorliebe für Artikel, die mit mehreren Namen oder gar dem Kürzel eines Kollektivs unterzeichnet sind. Dies stelle, fährt Bourdieu fort, eines der größten Hindernisse für die Bildung eines kollektiven Intellektuellen dar. Am selben Ort trägt er selbst die Namen mehrerer seiner Ko-Autoren nach, die von den Mitarbeitern der Tageszeitung 'Libération' unter einem gemeinsamen Beitrag zur französischen Immigrationspolitik wegzensiert worden waren. Seit Ende 1996 zeichnet Raisons d'Agir verantwortlich für eine überaus erfolgreiche Buchreihe von politisch-wissenschaftlichen Interventionen des am Collège de France angesiedelten Non-Profit-Verlages Liber-Raisons d'Agir, die zu einer populären internationalen Enzyklopädie ausgebaut werden soll. Deren Produktion folgt einem einfachen Prinzip: Was wir brauchen, ist ja nicht eine moralische oder philosophische, sondern eine wissenschaftliche Kritik, so Bourdieu, also Arbeiten, die man in wissenschaftlichen Zeitschriften abdrucken kann. Die Version fürs große Publikum komme erst danach.

Eine soziologische Kritik des Fernsehens von Bourdieu (*Sur la télévision*, 1996), in der er den Gegensatz von Fernsehen und Denken aufmacht, verkauft sich bisher 100.000mal, eine Kritik des medialen Einheitsdenkens und die dort existierenden Kreise des stillen Einvernehmens von Serge Halimi (*Les nouveaux chiens de garde*, 1997) sogar fast 200.000mal. Ähnliche Verkaufszahlen streben derzeit ein im Frühjahr von fünf Autoren veröffentlichter Band über die Rolle der Intellektuellen im Dezember 1995 (*Le 'décembre' des intellectuels français*) wie auch eine Vortrags- und

Textsammlung zu verschiedensten Themen (*Contre-Feux*, dt.: Gegenfeuer) von Bourdieu an.

Diese bezeichnet er als Hilfsmittel im Kampf gegen die herrschende, vor allem neoliberalen und konservativen Doxa. Dieser aus seiner Soziologie der kulturellen Macht stammende Begriff bezeichnet für ihn eine als Wissen präsentierte, von diesem aber weitestgehend unangekränkelte Meinung, die er besonders von Leicht-Intellektuellen vertreten sieht, denen es damit mehr um ihr Platz im Machtgefüge als um die Förderung von Erkenntnis geht. Gegen die sich als quasi-naturgegeben gebärdende Doxa gelte es vor allem auf wissenschaftlicher Qualifikation basierendes Wissen und Kritik zu setzen. Der überraschende Erfolg der jeweils gut hundertseitigen Bändchen lässt sich nicht auf die Formel bunt-billig-polemisch reduzieren, sonst wäre der teure 850-Seiten-Wälzer *La misère du monde* seit 1993 nicht ebenfalls knapp 100.000mal über die Theke gegangen. Bourdieu erklärte diese Popularität Ende April in einem seiner überaus seltenen Fernsehinterviews (Ich hasse es) mit dem therapeutischen Aspekt, den er der Soziologie zuschreibt. Als Instrument der Selbstanalyse erlaube sie es jedem, die sozialen Verhältnisse und seine Position in ihnen besser zu verstehen. Und danach bestehe offensichtlich Bedarf.

Von seiner Theorie, die weniger eine Großhermetik à la Luhmann oder Habermas vorstellt, als vielmehr ein - häufig aus seiner empirischen Forschung entstandenes - Arsenal von Teiltheorien und Konzepten ist, behauptet Bourdieu, daß sie ohne normativen und moralischen Impetus auskomme. Die kritische Funktion seiner Soziologie ergebe sich schlicht aus der Enthüllung der unsichtbar resp. unbewußt bleibenden, alltäglichen Gewalt und der ihr zugrunde liegenden Macht- und Legitimationsmechanismen.

Allerdings nimmt Bourdieu weder für seine wissenschaftlichen noch für seine politischen Aussagen in Anspruch, als eine Art sokratischer Bewußtseinsheber ewige Wahrheiten zu verkünden, wie ihm häufig vorgehalten wird. Er könne nur hinter den äußeren Schein und den sichtbaren Diskurs über diesen äußeren Schein blicken, um dann Möglichkeiten zu antizipieren und auszuweisen, so Bourdieu. Was konkret zu tun sei, bleibe aufgrund der Differenz zwischen theoretischer und praktischer Logik von Erkennen und Handeln den sozialen Akteuren bzw. den mobilisierbaren Klassen überlassen. Untertraut, entgegen der gegen ihn erhobenen Determinismus- und Fatalismusvorwürfe, den Beherrschten durchaus zu, die Gesellschaft in ihrem Interesse zu verändern.

Allerdings bedeutet für ihn der Glaube, den Determinismen entkommen zu können, ihnen freies Spiel zu lassen. Diese hingegen in ihrem ganzen Umfang ans Licht zu befördern und so von dem fehlplazierten Glauben an illusorische Frei-

heiten zu befreien, eröffne paradoxerweise die Möglichkeit, nicht länger ihr unwissender Spielball zu sein. Mit anderen Worten, um die Welt zu verändern, muß man sie verstehen, und dazu gehöre auch, den Leidenden die Ursachen ihres Leidens als ihnen äußerlich vorzuführen.

Ob allerdings Bourdieus Soziologie die astreine Wahl ist, um den Beherrschten dabei zu helfen, die zahllosen Verletzungen der Freiheit des einzelnen durch die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Determinanten zu bekämpfen, darüber wird genauso gestritten wie über die Stoßrichtung seiner politischen Interventionen. Hier wie da trifft ihn von links der Hauptvorwurf, wer von den sozialen Verwüstungen des Neoliberalismus sowie von Macht- und Herrschaftsverhältnissen rede, der dürfe vom Kapitalismus nicht schweigen.

Sein Verstummen an dieser Stelle dürfte nicht alleine an seinem mit den sozialen Bewegungen gemeinsamen Problem liegen, momentan über kein gemeinsames politisches Projekt zu verfügen, in dessen Perspektive sich alle Beteiligten vereinen könnten. Bourdieu spricht auch deswegen nicht vom Kapitalismus, weil er Haupt- und Nebenwidersprüche auflöst und sie als auf verschiedenen Felder begrenzte Kämpfe im Sinne von (sportlich-spielerischer) Konkurrenz zwischen in einem relationalen Verhältnis zueinander stehenden sozialen Akteuren bzw. sozialen Klassen denkt.

In modernen Gesellschaften gebe es zwar eine tendenzielle Dominanz des ökonomischen Feldes, doch daneben existierten soziale, kulturelle und symbolische Kapitalverhältnisse, die sich nicht auf die Ökonomie abbilden ließen, sondern einer jeweils eigenen Logik folgten. Die sozialen Klassen ermittelt Bourdieu über die jeweils ähnliche Zusammensetzung der verschiedenen Kapitalformen bei einer Gruppe von Akteuren. Genau um die Verteilung dieser Kapitalien drehen sich laut ihm die materiellen und geistigen Machtkämpfe zwischen den Herrschenden und Beherrschten, und es sind wiederum diese praktisch ausgetragenen Kämpfe innerhalb der einzelnen Felder, die er als Motor der gesellschaftlichen Veränderung ansieht. Würden sie nicht ausgefochten und veränderten dadurch die Felder, neigten diese zu ihrer identischen Reproduktion.

Auf diesen Aspekt des macht- und herrschaftstheoretischen Teils seiner Soziologie scheint sich Bourdieu nun zunehmend konzentrieren zu wollen. Dafür spricht seine Vortragsreihe La dominatio (Die Herrschaft), die er in den letzten Monaten im selbst während des WM-Eröffnungsspiels überfüllten Auditorium (500 Plätze) des Institut du Monde arabe hielt.

Ausgehend von den Fragen: Wie wird Gehorsam erzeugt, wodurch wird Herrschaft akzeptiert, warum ist die Rebelli-

on nicht die Regel? stellte er die These auf, daß Zwang und Repression nicht die Hauptfunktionen, sondern Grenzphänomene des Staates sind. Sie existierten zwar, aber eine Gesellschaft funktioniere vor allem dann normal, wenn, und vor allem weil die in ihr herrschende Ordnung als selbstverständlich anerkannt werde. Eine Art permanenter Selbstrechtfertigung der sozialen Welt erzeuge einen logischen Konformismus (Durkheim), der Macht im Sinne von Gewalt ohne Ideologie fast überflüssig mache, da (schon qua Sozialisation und Bildung) eine subtile wie unerbittliche symbolische Gewalt an ihrer Statt inkorporiert werde, die einen vom Bewußtsein weitestgehend unabhängigen Gehorsam automatisiere. Mit anderen Worten, die Macht bemächtigt sich der Machtlosen, die sozial Entrechteten erkennen (unbewußt) ihre Entrechtung als gerechtfertigt an, indem sich alle qua Disposition in der für sie gerechtfertigten Position sähen.

Zur Illustration scheint jener Josef K. aus Kafkas Der Prozeß geeignet, der, ohne irgendwas verbrochen zu haben, ein ihm unbekanntes Gericht sowie dessen ihm ebenfalls nicht bekanntes Urteil über sich anerkennt, nie nennenswerten Widerstand leistet und, obwohl er bis zum Ende frei ist, brav auf seine Henker wartet. Der an ihm begangene Fehler erschüttert nicht seinen Glauben an das richtige Ganze und seine Position darin. Nur den letzten Schritt, das Messer ... selbst zu fassen und bei sich einzubohren, wie Kafka schreibt, geht er nicht. Der Gehorsam ist hier also nicht perfektioniert, nicht perfekt inkorporiert.

Diese endgültige Einschreibung der Ordnung in den Körper findet sich in Kafkas In der Strafkolonie. Dort wird Menschen, die die Ordnung übertreten haben, (weil sie sie offensichtlich nicht ausreichend inkorporiert hatten), der automatische Gehorsam also unterblieb, die Ordnung maschinell in den Körper eingraviert, bis sie (endgültig) tot sind. So gravierend ist die Inkorporierung der realen als internalisierte Herrschaft im Sinne Bourdieus allerdings auch wieder nicht zu verstehen. Seine sozialen Akteure sind weder blinde Träger objektiver Strukturen noch bewußt und rational Handelnde, sondern durch habituelle, von ihrer Zugehörigkeit zu einer sozialen Klasse nahegelegte Wahrnehmungs-, Denk- und Handlungskategorien zwar disponiert, aber nicht determiniert.

Damit stoße auch die Effektivität der durch Anerkennung und Kommunikation funktionierenden, unerkannten symbolischen Gewalt des Alltags an Grenzen. Aus der idealtypischen dialektischen Reproduktion von Position und Disposition in der Theorie entsteht so in der und durch die Praxis die Möglichkeit von Transformationen.

Dazu sei zum einen eine kognitive Subversion und zum anderen eine poli-

tisch-praktische Mobilisierung von Gruppen bzw. Klassen notwendig, wobei diese nur mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit mit den theoretischen sozialen Klassen übereinstimmen müßten. Damit dies jedoch über den Status des die Ordnung stabilisierenden alltäglichen politischen (Konkurrenz-)Kampfes hinausgelange, müsse zusätzlich eine strukturelle Krise vorhanden sein, die die Politisierung und Mobilisierung über die einzelnen Felder hinweg gegenseitig verstärke.

Für wie stark Bourdieu die symbolische Gewalt hält zeigte sich, als er die Arbeitslosenproteste im Frühjahr 1998 als ein aller Wahrscheinlichkeit widersprechendes soziologisches Wunder bezeichnete. Um so wichtiger erscheint Bourdieu der Kampf um die Köpfe mit dem politischen Feld als Hauptkampfplatz. Das Ziel hier sei, es bestimmen zu können, was die Wahrheit des sozialen Lebens ist. Es handelt sich um eine Art von Mobilisierung im Kampf um das Monopol der legitimen Manipulation der Repräsentation des Sozialen, so Bourdieu. Denn wer sich als beherrscht wahrnimmt, fängt an, als Beherrschter zu handeln. Realität und Bewußtsein könnten sich nur gemeinsam verändern. Die Frage nach dem wer, wie und wohin müßten die Menschen selbst entscheiden und in die Tat umsetzen.

Seine öffentliche Ideologiekritik richtet sich all dem entsprechend nicht an Extrempositionen auf, sondern den Mitgliedern geht es um den nach seiner Theorie wesentlich wirkungsmächtigeren Effekt eines sich als neutral und natürlich maskierenden, sprich unbewußten Alltags- resp. Einheitsdenkens als Ausdruck und Apologie der sozialen Ungleichheiten. Ziel von Raisons d'Agir ist es folgerichtig, den sozialen Bewegungen das in der Gruppe versammelte interdisziplinäre Wissen zugänglich zu machen und der sozialen Welt einen anderen Sinn zu geben als die neoliberalen Troika Schröder-Blair- Jospin (Bourdieu).

Ein zentrales Beispiel für Bourdieus angewandte Soziologie ist die in vielen seiner Schriften und Vorträgen wiederkehrende Darstellung der Funktionsweise des bürgerlichen Staates unserer Tage. So beschreibt er parallel zueinander die an Elitehochschulen sich ausbreitende und den künftigen Eliten eingetrichterte Doktrin der ökonomischen Rationalität, welche - als Gegenbild zu den kollektivistischen, in gesamtgesellschaftlichen Kategorien denkenden Archaismen - die Moderne verkörperne, einerseits und die zunehmende Tendenz des Staates zum Rückzug aus jeder sozial- und gesellschaftspolitischen Verantwortung andererseits. So weit läßt sich die Darstellung der Entwicklung, die zunehmend zum schlanken Staat führt, zum liberalen Nachtwächterstaat als bloß repressiv auftretendem Garanten der Verwertungsbedingungen des privaten Kapitals,

als treffend bezeichnen. Was aber setzt Bourdieu dem entgegen, was ist gewissermaßen sein Handlungsplan oder seine Utopie? In einer Reihe seiner Schriften umreißt er eine Art Theorie von den beiden Flügeln des Staates. Bourdieus Formulierung zufolge existieren zwei unterschiedliche Staatsstrukturen, die er abwechselnd mal als ‚die linke und die rechte Hand des Staates‘ und mal als ‚den kleinen und den großen Staatsadel‘ bezeichnet. Die erste Struktur ist demnach dort angesiedelt, wo die sozialen Funktionen des Staates ausgeübt werden: Bildungswesen, Gesundheitsbereich, sozialer Wohnungsbau usw. Der ‚große Staatsadel‘ findet sich unterdessen in den Reihen der Technokraten, die das Wirtschaftsministerium und die Kommandohöhen der Exekutivfunktionen des Staates besetzen. In den sozialen Konflikten, die sich in den letzten Jahren vor allem durch Streiks in den öffentlichen Diensten (wie im November / Dezember 1995) ausgedrückt haben - während die Beschäftigten im privaten Sektor aufgrund des hohen Konkurrenzdrucks auf dem Arbeitsmarkt sowie des hier weit geringeren gewerkschaftlichen Organisationsgrads nicht gleichermaßen mitziehen können - analysiert Bourdieu eine ‚Revolte des kleinen gegen den großen Staatsadel‘, den es zu unterstützen gelte, da sie zugleich auch gesamtgesellschaftlich bedeutende Staatsfunktionen verteidige. Letztere seien, so Bourdieu, im Inneren des Staates die Spuren vergangener sozialer Kämpfe.

An dieser Stelle unterläßt Bourdieu es aber, hinzuzusetzen, daß - in einer geschichtlich weiter zurückblickenden Perspektive - diese sozialstaatlichen Funktionen ursprünglich auch einmal dazu dienten, weitergehende gesellschaftliche Umwälzungen zu verhindern, und während langer Jahrzehnte dazu beitragen, die Integration der historischen Arbeiterbewegung in das bestehende System zu befördern - was durch das Aebben revolutionärer Energien die neue Offensive des Kapitals mit ermöglicht hat. Bourdieu unternimmt hier aber nicht den Schritt, der darüber hinausginge, die bisher bestehenden sozialstaatlichen Strukturen gegen ihren Abbau durch die neoliberale Offensive zu verteidigen; diese Verteidigung erklärt er vielmehr zum positiven Ziel an sich.

Bourdieu sieht sich mit seinem politischen Ansatz irgendwo zwischen der revolutionär-marxistischen und / oder libertär-kommunistischen extremen Linken einerseits und den Formationen der regierenden Linkskoalition Lionel Jospins andererseits angesiedelt. In seinem bisher politischsten Text - so das spätere Urteil der Pariser Abendzeitung *Le Monde* -, einer Kolumne in derselben Zeitung vom 8. April, mit der er scharf auf die Regierungsbündnisse von konservativen Parteien und Neofaschisten in mehreren französischen Regionen reagierte, griff er die Parteien der Regierungskoalition an,

sie würden das gesellschaftliche Potential der Linken desorientieren und jeder klar umrissenen Alternative zur Rechten berauben. Zugleich beklagte er am selben Ort, die Verzweifelten würden dadurch der extremen Linken zugetrieben. Damit spielte er auf die revolutionär-marxistischen (meist trotzkistischen) Formationen, die kurz zuvor bei den Regionalparlamentswahlen landesweit beachtliche 4,5 Prozent der Stimmen erhalten hatten. Bourdieus politisches Projekt scheint also auf die Bildung einer Art von Puffer zwischen beiden Linken hinzu laufen.

Seit Monaten hält sich unterdessen das Gerücht, Bourdieu werde möglicherweise an der Spitze einer Liste, die das gesellschaftliche Protestpotential hinter sich sammeln soll, zu den Europaparlamentswahlen 1999 kandidieren. Angesichts des zunehmend deutlicher werdenden Schwindens der Integrationsfähigkeit der französischen KP - die derzeit an Jospins Kabinettstisch mitregiert - nach links, die sich etwa auch im Wahlergebnis des Frühjahrs in den Regionen niedergeschlagen hat, hat derzeit bereits das Gerangel um das freiwerdende Feld auf der Linken begonnen. Der aktuelle KP-Sekretär Robert Hue selbst hat bereits im April der gesellschaftlichen Linken angeboten, eine Bündnisliste von Bürgerinitiativen und sozialen Bewegungen gemeinsam mit der KP zu bilden; auch für Anarchisten und Trotzkisten sollte dieses Angebot offenstehen. Die trotzkistische Ligue Communiste Révolutionnaire ihrerseits verhandelt seit einigen Wochen reihum - mit der KP ebenso wie mit den Grünen und der arbeiter-tümld-traditionalistischen linksradikalen Konkurrenz von Lutte Ouvrière (Arbeiterkampf) - über mögliche Bündnisstellungen aus diesem Anlaß. Der Faktor Bourdieu, sollte sein Listenprojekt sich bekräftigen, könnte möglicherweise in den kommenden Monaten Be wegung in diese Landschaft bringen.

Eine Europäisierung der Krise sei ein vitales Bedürfnis . Ein erstes Projekt europäisches Projekt in diesem Sinne ist ein Vergleich der unterschiedlichen Methoden zur Erhebung der Arbeitslosenstatistiken in den verschiedenen Ländern, um beispielsweise den Vollbeschäftigung mythos in England nachweislich zu zerstören.

Der Horizont einer sozialen Bewegung ist eine Internationale des Widerstands gegen den Neoliberalismus und gegen alle Formen des Konservatismus, so Bourdieu. Man gründet Gruppen, Projekte, Initiativen. Man sucht, man forscht, und so entsteht Neues. Dazu braucht man soziale Kräfte, die sich artikulieren, dazu braucht man unabhängige Intellektuelle, die nicht völlig auf den Markt angewiesen sind. Keine Schwätzer, sondern Intellektuelle, die arbeiten. Alles was man tun kann, ist Mechanismen zu schaffen, die Diversität, soziale Kontrolle, Kritik ermöglichen.

Das Auswärtige Amt übernahm keine DDR-Diplomaten

Nur das Meißen Porzellan

Von Otto Pfeiffer

Wie ein Flugblatt erhielten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der DDR an ihrem letzten Arbeitstag eine Kopie des Briefes vom 27.9.1990 aus dem Bonner Auswärtigen Amt - vom Stapel bei Interesse mitzunehmen. Im Klartext hatte der „in Vertretung“ unterzeichnete Staatssekretär Sudhoff nur mitzuteilen: Die pauschale, rigorose Ausgrenzung der Diplomaten der DDR aus ihrem Beruf, ihre ausnahmslose „Abwicklung“, ist beschlossen. Wer sich vielleicht doch noch an die Versicherung des AA klammerte, man werde „geeignetes Personal entsprechend den Notwendigkeiten der Aufgabenerfüllung in angemessenem Umfang ... übernehmen“ (jedes Wort eine Einschränkung!), wer Hoffnungen in die im Brief erwähnten Bewerbungsmöglichkeiten setzte oder die durchaus ehrlich gemeinten Versicherungen einiger westdeutscher Botschafter noch im Ohr hatte, man schätze den ostdeutschen Diplomatenkollegen und werde sich für seine Weiterbeschäftigung einsetzen, wurde bald eines Besseren belehrt.

In der Tat ist keine Berufsgruppe der DDR so vollständig aus ihrem traditionellen Tätigkeitsfeld ausgeschlossen worden wie die Mitarbeiter des diplomatischen Dienstes - nicht die Berufssoldaten und Offiziere der Armee, nicht die Polizisten und selbst nicht die Mitarbeiter der Staatssicherheit, von denen einige in besonderen Diensten der Bundesregierung und auch in der sogenannten Gauckbehörde tätig sind. Für mehr als tausend Menschen mit einer spezialisierten Ausbildung, profunden Länder- und Fremdsprachenkenntnissen sowie internationalen Erfahrungen wurde mit einem Federstrich das berufliche Aus verfügt. Dabei war im Vereinigungsprozeß gar eine „Kommission zur Zusammenführung der diplomatischen Dienste“ eingesetzt worden, deren Tätigkeit aber vom AA ab Mai 1990 lahmgelagert wurde - ganz im Gegensatz zu jenen Arbeitsgruppen, die sich der Grundstücke, der Gebäude und des Meißen Porzellans der DDR-Botschaften annahmen. Vorschläge der letzten, frei gewählten DDR-Regierung für ausgewählte Übernahmen im Personalbereich des diplomatischen Dienstes hatte es jedenfalls gegeben.

Totale Ausgrenzung aus dem öffentlichen Dienst

Die Ausgrenzung der DDR-Außenpolitiker betraf nicht nur ihre etwaige weitere Verwendung in der Diplomatie, sondern war explizit ... von Anfang an ein Verdikt

gegen jede Beschäftigung im öffentlichen Dienst, und nicht nur das. Verschlossen blieben auch Arbeitsmöglichkeiten in der Entwicklungshilfe, in der internationalen technischen und wissenschaftlichen Zusammenarbeit und in anderen Facetten internationaler Tätigkeit im Rahmen von Institutionen und Organisationen im Bannkreis des Auswärtigen Amtes. Bonn unternahm sogar allen Ernstes den Versuch, aus der DDR stammende internationale Beamte aus dem Apparat des UNO-Systems zu entfernen, scheiterte dabei aber an der prinzipiellen Haltung der betreffenden Organisationen.

Angesichts dieser Entwicklung wurde - quasi als Akt der Selbsthilfe - der Versuch unternommen, das brachliegende „Humankapital DDR-Diplomaten“ professionell in die private Wirtschaft und den Dienstleistungssektor zu vermitteln. Der in der Wende gegründete „Verband der Berufsdiplomaten der DDR“, aus dem später der „Verband für Internationale Politik und Völkerrecht“ hervorging, gewann dafür namhafte Personalvermittlungsunternehmen aus den alten Bundesländern. Doch die Firmen stießen sehr bald auf unüberwindliche Mauern und gaben auf, als erste Vermittlungen wie von Geisterhand zerschlagen wurden. Bezeichnenderweise hat aber eine Reihe ehemaliger Mitarbeiter des auswärtigen Dienstes der DDR, die in der Folgezeit im Bereich der mittelständischen Wirtschaft unvoreingenommene Arbeitgeber vorfanden oder Kontakt zu ausländischen Unternehmen knüpften, denen sie aus ihrer früheren Arbeit als seriöse und kompetente Partner bekannt waren, die Bewährungsprobe auch in Führungspositionen erfolgreich bestanden.

Beschönigungen

Nach der „Abwicklung“ des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten sind vielfältige Bemühungen unternommen worden, die Handlungsweise des Hauses Genscher zu beschönigen und zu rechtfertigen. In die Öffentlichkeit wurde die Zahl von mehr als 60 „Übernommenen“ lanciert. Doch wenigstens 50 davon waren Kraftfahrer, Hausverwalter und Sekretärinnen. Nach Darlegung eines Vertreters des AA im Jahre 1993 vor dem Berliner Amtsgericht betrug die Zahl der weiterbeschäftigte Diplomaten (einschließlich in die Attachéausbildung übernommener junger Absolventen) lediglich neun. Nach welchen Grundsätzen deren Auswahl erfolgte, bleibt schwer durchschaubar.

Ein weiteres Argument lautete, man habe „keinen Bedarf“: Ein deutscher Staat brauche schließlich nur einen diplomatischen Dienst. Diese simple Formel lässt unberücksichtigt, daß im Zuge der politischen Umwälzungen seit 1990 allein in Ostmitteleuropa und auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion 19 neue Staaten entstanden, in denen zusätzliche diplomatische Vertretungen er-

forderlich wurden. Dem hat die Bundesregierung durch Vermehrung der Plazstellen - in wenigen Jahren im gehobenen Dienst von 1.200 auf 1.500 - Rechnung getragen. Jeder aufmerksame Leser über-regionaler Tageszeitungen ist zugleich Zeuge der jährlich wiederkehrenden Werbeinserate des Auswärtigen Amtes für die Ausbildung von Diplomaten-nachwuchs. Wann übrigens wird das AA wohl auf diesem Wege den Auftrag des Artikels 36 des Grundgesetzes erfüllt haben, daß „bei den obersten Bundesbehörden ... Beamte aus allen Ländern in angemessenen Verhältnissen zu verwenden (sind)?“?

Der den DDR-Bewerbern mitunter gemachte Vorwurf „mangelnder fachlicher Eignung“ zielt in der Regel auf das unterschiedliche Ausbildungsprofil der Diplomaten in Deutschland Ost und West ab. Die DDR bevorzugte wie alle ehemaligen Ostblockländer mehr den Spezialisten, der seine Laufbahn vorzugsweise in einer bestimmten Region absolvierte, deren Landessprache(n) er beherrschte und mit deren Politik, Wirtschaft, Geschichte und Kultur er sich seit der Ausbildung intensiv beschäftigte, häufig, wenn es sich um die Welt des Ostens handelte, während mehrjähriger Studien im späten Einsatzland selbst. Die Bundesrepublik erstrebte eher den Typ des überall einsetzbaren Diplomaten, des Wanderers durch alle Welten, den ein kritischer Bonner Seiteneinsteiger (Alexander Denker, „Diplomaten ohne Nimbus!“, Zürich 1970) zugespitzt den „allverwendungs-fähigen Dilettanten“ nannte. Es dürfte wohl kein Zweifel bestehen, wie sehr ehemalige DDR-Diplomaten die neben Russisch und einer westlichen Weltsprache z.B. auch Chinesisch, Japanisch, Hindi, Arabisch, Indonesisch, Vietnamesisch, Persisch, Koreanisch, Suaheli oder Amharisch beherrschten, für die internationa- len Beziehungen der Bundesrepublik hätten nützlich sein können. Der Bot-schaft der Bundesrepublik in einem ihrer östlichen Nachbarstaaten wäre dann die Situation erspart geblieben, daß die für ihre Überleitungsaufgaben befristet beschäftigten DDR-Mitarbeiter zeitweilig die einzigen der Landessprache kundi-gen waren. Übrigens wurde die Ausbil-dung an derjenigen Einrichtung, an der viele Ostblock-Diplomaten solche Spezialkenntnisse erwarben, das Institut für Internationale Beziehungen in Moskau, nach der deutschen Einheit zunächst nicht als Hochschulstudium anerkannt. Trotz sechsjährigen Studiums war der arbeitslose Jugoslawien- oder Afrikaspe-zialist damit für das Arbeitsamt ein Un-gelernter ohne jede Berufsausbildung. Nachdem Herr Genscher den Ehrendoktorhut des o.g. Instituts erhalten hatte, wurde diese Peinlichkeit allerdings be-endet.

Fachwissen wäre ein Gewinn gewesen

Häufig wird versucht, die Kritik an der Behandlung der ehemaligen DDR-Diplomaten ad absurdum zu führen, indem die Sicht auf die ehemaligen Botschafter verengt wird: Sie hätten angeblich ihre Karriere als Botschafter des vereinigten Deutschlands bruchlos fortsetzen wollen. Ich kenne keinen Botschafter, der sich dieser Illusion hingegeben hätte, aber viele, die zutiefst bedauern, daß sie systematisch daran gehindert worden sind, ihre Kenntnisse, Fähigkeiten und Berufserfahrungen in irgendeiner ver-nünftigen Weise - ob im aktiven Dienst oder in Beraterfunktionen, ob im staatlichen oder nichtstaatlichen Bereich - nützlich zur Anwendung zu bringen. Die Verengung der Sicht auf die doch vergleichsweise wenigen Botschafter blendet sowohl die viel größere Zahl von Mitarbeitern der unteren Ränge aus, denen im Alter von etwa 30 bis 45 Jahren mit-ten in ihrem Leben der Beruf genommen wurde, als auch die ganz Jungen, die Berufsanhänger oder noch Studierenden, die man unterschiedslos entließ, als hätten sie die Existenz der DDR zu verant-worten gehabt.

Die Inanspruchnahme der Kenntnisse und Fähigkeiten der ehemaligen DDR-Diplomaten wäre auch für die Bundesre-publik ein Gewinn gewesen, besonders in östlichen Regionen, wo die DDR einst die intensiveren Beziehungen unterhalten hatte ...

Es bleibt die Frage, warum die Aus-schaltung gerade der DDR-Diplomaten in so radikaler Weise erfolgte, obwohl ihr ureigenstes Tätigkeitsfeld - die Außenpoli-tik - in der notwendigen kritischen Aus-einandersetzung mit der DDR-Vergan-genheit eigentlich nie im Vordergrund stand. Es war doch wirklich nicht gerade ihre Außenpolitik, die die DDR für die Mehrheit ihrer Bürger schließlich uner-träglich machte. War das eine späte emo-tionale Reaktion auf frühere Niederlagen der eigenen außenpolitischen Doktrin (Alleinvertretungsanspruch, Hallstein-Doktrin), mit der die Bundesrepublik einst die Weltbühne betreten hatte? War es ein Akt der Revanche an den Trägern der Außenpolitik des Staates, der durch seine bloße Existenz die Bundesrepublik über Jahrzehnte daran gehindert hatte, international völlig unbefangen zu agieren, des Staates, dessen Reaktion man doch unbedeuemerweise stets irgendwie einkalkulieren mußte?

Zweifellos sind außenpolitische Appa-rate, auch der traditionelle deutsche, der seit dem Kaiserreich über geschichtliche Brüche hinweg in hoher personeller Kon-tinuität fortbestanden hat, tendenziell immer elitär, exklusiv und für konkurrierende Außenseiter abweisend, ja feindlich gewesen. Auch das mag eine Rolle gespielt haben. So ist die Entschei-dung Hans-Dietrich Genschers gegen die DDR-Diplomaten im eigenen Haus jedenfalls auf weit überwiegende Zustim-mung gestoßen.

Otto Pfeiffer war Botschafter des DDR-Außenministeriums
Der Artikel wurde leicht gekürzt.

14.8. Oldenburg:
14.8. Bremen:
15.8.
15./16.8. Hamburg:
17.8.
18.8. Lübeck:
19.8. Kiel:
20.8. Rostock:
20.8. - 22.8. Berlin:
23.8.
23.8. Dresden:
24.8. Leipzig:
25.8. Tambach/Jena:
26.8. Kassel:
26.8. Göttingen:
27.8. Braunschweig:
28.8. Hannover:
29.8. Bielefeld:
30.8. Büren:
31.8. Osnabrück:



15. August: Zentraler Wahlkampfauftritt der PDS-Westverbände in Köln

So 23. August: Wahlkampferöffnungsveranstaltung der CDU zur Bundestagswahl in Dortmund

28. August: CSU-Parteitag in München

29. August: FDP-Parteitag in Bonn soll Wahlauftruf beschließen

29. August: 8. Strausberger Friedensfest Kulturpark am Straussee (bei Berlin)

5. bis 6. September: Widerstand und Verfolgung des antifaschistischen Widerstandes 1933 bis 1945 - Vorstellungen deutscher Antifaschisten für ein neues Deutschland. Gemeinsame Veranstaltung des Marxistischen Arbeitskreises bei der Historischen Kommission der PDS, der Marx-Engels-Stiftung und der Geschichtskommission der DKP

13. September: Landtagswahl in Bayern

14./17. September: Ordentlicher Bundeskongress Gewerkschaft der Polizei

21. bis 24. September: Herbstvollversammlung der Deutschen Bischofskonferenz in Fulda

27. September: Bundestagswahl, Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern und Kommunalwahlen in Brandenburg

3. Oktober: Einheitsmarkt der PDS in Berlin

16. bis 18. Oktober: 17. Bundeskongress der Jungen Liberalen (Julis) in Berlin

GEÄNDERT: 17./18. Oktober: Herbsttagung des Forums Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften in Köln

die Karawane kommt

ADRESSE AUFKLEBER

1.9. Nürnberg:
2.9. Regensburg:
3.9. München:
5.9. Rottenburg/Tübingen:
6.9. Straßbourg:
7.9. Karlsruhe:
8.9. Trier:
9.9. Mainz:
10.9. Wiesbaden:
11.9. Offenbach:
11.9. Hanau:
12.9.
12.9. Frankfurt:
12.9. Darmstadt:
14.9. Bonn:
15.9. Bochum:
16.9. Oberhausen:
17.9. Köln:
18.9. Aachen
19.9. Köln

11. Oktober a.o. Gewerkschaftstag der IG Metall in Mannheim

16. Oktober: Bundeskongress der Jungen Liberalen in Berlin

23. bis 25. Oktober: 11. o. Bundesversammlung von B90/Die Grünen in Bonn

24.-29. Oktober: Gewerkschaftstag HBV in Bremen und IG Medienin Würzburg

11.-6. November: 3. Tagung der 9. Synode der EKG

9.-13. November: Gewerkschaftstag der NGG in Hamburg

8. Dezember: SPD Bundesdelegiertenkonferenz (Aufstellung Liste Europawahl) in Saarbrücken

27. bis 29. November: JU-Deutschlandtag in Weiden

29. bis 30. November: 11. Parteitag der CDU in Bonn

16./17. Januar 1999: 6. Bundesparteitag der PDS in Berlin, Neuwahl des Vorstands

7. Februar 1999 Landtagswahlen in Hessen

6./7. März 1999: Bundesparteitag der PDS in Suhl (Thüringen) stellt Liste für die EU-Wahl auf

13./14. März 1999: Frühjahrskonferenz des "Forums" in Köln

23. Mai 1999: Bundesversammlung wählt Bundespräsidenten

4./5. Juni 1999: EU-Rat in Köln

18./20. Juni 99: Weltwirtschaftsgipfel in Köln

Juni 1999 Europawahlen

Politische Berichte

**ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIEN VIERZEHNTÄGLICH**

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Gutenbergstraße 48, 70176 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Martin Fochler, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Rüdiger Lötzer; **GNN-Verlag**, Dieffenbachstr. 33, 3. Hof, Eing. C, 10967 Berlin, Tel. 030 / 69 40 10 39, Fax: 030 / 69 40 10 41.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; **GNN-Verlag**, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales West und Ost: Jörg Detjen, (West), **GNN-Verlag**, Postfach 260 226, 50515 Köln. Hausadresse **GNN-Verlag**, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln, Tel. 02 21 / 21 16 58, Fax: 02 21 / 21 53 73.; Rüdiger Lötzer, (Ost) s.o. „Aktuelles...“. **Regionales West und Ost** wird in Zusammenarbeit mit dem Netzwerk Linke Kommunalpolitik hergestellt.

Aus Betrieben und Gewerkschaften: Alfred Küstler, **GNN-Verlag**, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seiten: Christiane Schneider, **Hamburg**: **GNN-Verlag**, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 18 88 20, Fax: 040 / 43 18 88 21.

Vierteljährliche Beilage: Rundbrief der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“.

Verlag: **GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH**, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und **GNN-Verlag**, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,00 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 39 DM (Förderabo 65 DM), ein Jahresabonnement kostet 78 DM (Förderabo 130 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 67,60 DM, Sozialabo: 52 DM. Ausland: + 13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: **GNN Süd GmbH Stuttgart**

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.

Halb- Jahresabo (39 DM / 78 DM je Einzelabo)

Halb- Jahres-Förderabo (65 DM / 130 DM).

Halb- Jahres-Sozialabo (26 DM / 52 DM).

Halb- Jahresabo neue Länder (33,80 DM / 67,60 DM)

Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.:

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: **GNN-Verlag, Gutenbergstr. 48, 70176 Stuttgart**